



European Parliament  
**FORMER MEMBERS  
ASSOCIATION**

# BULLETIN N°84

## Dezember 2023



### **FMA SECRETERIAT**

ANTALL 02Q73  
EUROPEAN PARLIAMENT  
B-1047 BRUSSELS  
TEL : +322.284.07.03 FAX : +332.284.09.89  
E-MAIL : [FORMERMEMBERS@EUROPARL.EUROPA.EU](mailto:FORMERMEMBERS@EUROPARL.EUROPA.EU)

# INHALTSVERZEICHNIS

---

## Botschaft des Präsidenten

### Aktuelle Themen

- 05 Auf den Weg zu einem neuen Parlament
- 07 Die Zeit zum Handeln ist jetzt
- 08 Die neue währungspolitische Welt von BRICS+
- 10 Städtepartnerschaften mit der Ukraine als Zukunftsoption
- 11 Das Gebot einer Kohäsion 2.0
- 13 Warum die irische Einheit eine europäische Angelegenheit ist
- 15 Monarchen in einem demokratischen Europa
- 17 Der Ozean ist das Leben und muss daher Erhalten werden
- 19 Grenzüberschreitendes Lernen über die EU

## Fokus

- 41 Der Mehrwert des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie für die Europäische Union (Martin Kern)
- 43 Die Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln: Was kann durch ambitioniertes, gemeinsames Handeln erreicht werden? (EPRS)
- 45 Bedauern im Vereinigten Königreich über den EU-Austritt („Brexit“) (Richard Corbett)

## VEM Aktivitäten

- 21 „Participation in Europe“
- 23 Besuch der VEM nach Frankreich
- 31 Network der Ehemaligen Abgeordneten
- 33 Besuch der VEM nach Madrid

---

### Call for Contributions

The Editorial Board would like to thank all those members who took the time to contribute to this issue of the FMA Bulletin. We would like to draw your attention to the fact that the decision to include an article lies with the FMA Editorial Board and, in principle, contributions from members who are not up-to-date with the payment of the membership fee will not be included. Due to the long time lag between the call for contribution and the publication, some articles may be outdated.

The FMA Bulletin is published by the European Parliament Former Members Association (FMA) with the assistance of the European Parliament. However, the views expressed in articles represent the views of contributing FMA members or guest writers and do not necessarily represent the views of either the European Parliament nor the FMA. Similarly, any advertisement does not imply an official endorsement by the FMA or Parliament.

---

#### REDAKTION

Monica BALDI  
Jean-Pierre AUDY  
Edward McMILLAN-SCOTT  
Teresa RIERA MADURELL  
Paul RÜBIG

#### VORBEREITET VON

Elisabetta FONCK  
Valerie RASKIN  
Pilar RAMOS CARBONERO  
Lisa Claire REICHERT

#### KONTAKT

formermembers@europarl.europa.eu  
Tel.+ 32(0)2 284 07 03  
Fax.+32(0)2 284 09 89



# BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Mitglieder

iwenn ich auf das vergangene Jahr zurückblicke, bin ich stolz auf die Leistungen des Vereins der ehemaligen Mitglieder (VEM) und seiner Mitglieder und auf die Beiträge, die sie geleistet haben. Angesichts der bevorstehenden Europawahl 2024 ist es nun umso wichtiger, dass wir als ehemalige Europaabgeordnete unsere Arbeit fortsetzen, um die parlamentarische Demokratie und unsere gemeinsame Vision eines geeinten und handlungsfähigen Europas zu unterstützen. Daher stehen „die Vorteile der Europäischen Union“ im Mittelpunkt der Dezemberausgabe dieses Bulletins. In diesen schwierigen geopolitischen Zeiten ist es entscheidend, dass wir unseren Fokus darauf richten, wie wir die Europäische Union stärken können.

Unser Verein ist auch in diesem Jahr aktiv geblieben und hat sich an vielen verschiedenen Aktivitäten und Programmen beteiligt. Einer der Höhepunkte war unser sehr erfolgreicher Studienbesuch in Frankreich, der am 28. und 29. September stattfand. Auf Einladung von Quästorin Fabienne Keller hatte ich die Ehre, eine Delegation von 27 VEM-Mitgliedern aus 13 verschiedenen Ländern zu leiten. Während der französischen Präsidentschaft des Europäischen Rates 2022 konnte der Besuch infolge der Einschränkungen im Zusammenhang mit der Pandemie nur virtuell stattfinden. Ich möchte den Vertretern der französischen Regierung, des Senats und der Nationalversammlung meinen Dank für die aufschlussreichen Gespräche über die drängenden Themen wie die EU-Erweiterung, die Gesundheitskrise, den Aufstieg ungezügelter ausländischer Mächte, den Klimawandel und die Energiekrise aussprechen. Ein Bericht über den Besuch ist in dieser Ausgabe enthalten.

Er weist in ihr darauf hin, dass angesichts der Herausforderungen, mit denen die EU derzeit konfrontiert ist, die Europäische Union gestärkt werden müsse, um auf diese Herausforderungen zu reagieren, damit sie ein nützliches Instrument für den Fortschritt der Völker Europas sein kann (Enrique Barón Crespo, Tiempo De Paz Nr. 148, Seite 8).

An der Veranstaltung nahm Jürgen Föcking, stellvertretender Leiter des EPLO Spanien, teil, die von Monica Baldi, Vizepräsidentin des VEM, eröffnet wurde. Die Veranstaltung umfasste eine Einführung durch Ehrensekretärin Teresa Riera Madurell und eine Fragerunde, die von Paul Rübig, Mitglied des Vorstands des VEM, moderiert wurde.

Neben dem VEM-Studienbesuch in Frankreich hatte ich auch die Ehre, eine Delegation von 15 VEM-Mitgliedern aus sieben verschiedenen Ländern zu leiten, die vom 18. bis 20. Oktober anlässlich der spanischen Präsidentschaft des Europäischen Rates nach Spanien reiste. Ich möchte den Vertretern des Parlaments und der Regierung Spaniens meinen Dank für ihre Beteiligung an den lebhaften Gesprächen über viele kritische Themen aussprechen. Ich möchte auch Monica Stefania Baldi, Vizepräsidentin des VEM, für die Leitung der Delegation am zweiten Tag unseres Besuchs in Toledo danken, wo unsere Mitglieder mit dem Präsidenten der Cortes de Castilla la Mancha zusammentrafen, um die Zusammenarbeit zwischen der EU und den regionalen Behörden zu erörtern. Ein Bericht über diesen Besuch ist in dieser Ausgabe des Bulletins enthalten.

Ich freue mich, über den anhaltenden Erfolg des Programms „European Parliament to Campus“ unter der Federführung von Michael Hindley und von Manuel Porto und Dr. Quisthoudt-Rowohl, Mitglieder des Vorstands des VEM, berichten zu können. Für das kommende Jahr sind bereits acht weitere Veranstaltungen im Rahmen des Programms „European Parliament to Campus“ geplant, und weitere Anträge werden folgen. Ich bin besonders stolz auf den internationalen Erfolg des Programms und unserer Arbeit, die dazu beitragen, junge Menschen über die EU aufzuklären. Ich hoffe auf Ihre anhaltende Begeisterung und Unterstützung für das Programm in diesem Vorwahljahr.

Die jährlichen Veranstaltungen des VEM fanden in diesem Jahr am 6. und 7. Dezember 2023 im Europäischen Parlament statt.

Ich danke allen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Mitgliedern des VEM und Gästen, die an ihnen teilgenommen haben. Am 6. Dezember organisierte das EPRS ein bewegendes Rundtischgespräch zu Ehren von José María Gil-Robles, dem ehemaligen Parlamentspräsidenten und ehemaligen Präsidenten des VEM, der stets in starkem Maße die Entwicklung des Vereins unterstützt hat.

Im nächsten Jahr wird der VEM seine Aktivitäten und Zusammenkünfte fortsetzen, beginnend mit seinem Besuch in Belgien am 8. und 9. April 2024 anlässlich des belgischen Ratsvorsitzes und in Verbindung mit den jährlichen Veranstaltungen des VEM am 9. und 10. April 2024. Sie werden in Kürze weitere Informationen über die kommenden Veranstaltungen des VEM 2024 erhalten, und ich freue mich auf Ihre Teilnahme.

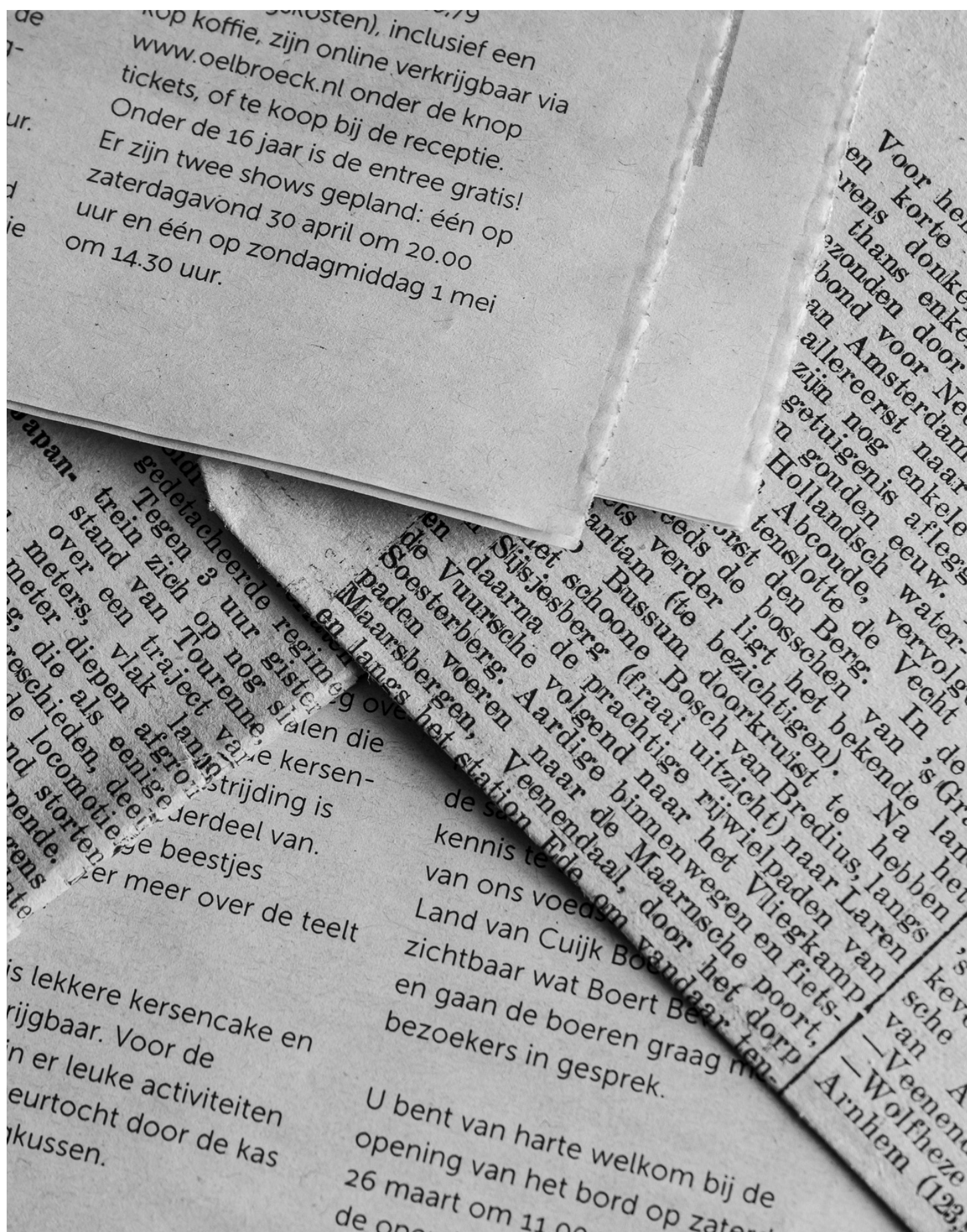
Das Jahr 2024 wird von vielen wichtigen Wahlen geprägt sein. Es wird ein Jahr von großer Bedeutung für unseren Verein sein. Die Europawahlen sind dabei eine wichtige Möglichkeit, weiterhin neue Mitglieder zu gewinnen. Ich möchte die derzeitigen Mitglieder des Europäischen Parlaments, die im nächsten Jahr aus dem Parlament ausscheiden werden, einladen, sich unserer Gemeinschaft ehemaliger Parlamentarier anzuschließen, um weiterhin für die Einheit der Europäischen Union zu arbeiten und mit unseren Programmen und Aktivitäten zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie beizutragen.

Vielen Dank an alle, die zu dieser Ausgabe des Bulletins beigetragen haben.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Festtage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2024.

Mit herzlichen Grüßen





Zweifelsohne ist jede nationale Wahl eine spannende Angelegenheit, allerdings zählt letztendlich nur die vom 6. bis zum 9. Juni 2024 stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament. So ist es die Europawahl, bei der sich der Präsident bzw. die Präsidentin der Regierung der Union um Stimmen bemühen muss – für sich selbst, letztlich aber auch für die gesamte Kommission.

Zwar liegt die Befugnis, Kandidaten vorzuschlagen und zu ernennen, gemäß den Verträgen beim Europäischen Rat, doch besteht diese ohne eine parlamentarische Mehrheit lediglich auf dem Papier. Dem Europäischen Rat kommt als „kollektivem Präsidenten“ im Gefüge der Union eine wichtige Rolle zu, doch hängt die Stabilität der Regierung der Union grundlegend von den ersten Abstimmungen im Plenum ab. Ferner gilt es zu bedenken, dass die Dauer des Mandats des Europäischen Parlaments auf fünf Jahre festgeschrieben ist, wohingegen jedes Mitglied des Europäischen

Rates infolge eines politischen Wandels in seinem jeweiligen Land ersetzt werden kann. Diese robuste institutionelle Struktur bildet das Fundament der parlamentarischen Demokratie Europas. Dieser Struktur verdankt die Regierung der Union ferner ihre starke funktionale Flexibilität bei der Bewältigung der unvorhersehbaren Krisen der auslaufenden Wahlperiode, darunter der Brexit, die Pandemie, Kriege und ein drohender Kontrollverlust im Bereich des IT-Bewusstseins. Dabei konnten sich die in diesem Zusammenhang stets neu erdachten Interventionsmodelle auch über die jeweiligen Notsituationen hinaus als zukunftstaugliche Verfahrensweisen etablieren.

Mit den – vom Europäischen Parlament mitgetragenen – diesbezüglichen schwierigen Entscheidungen werden einerseits Chancen für die Mitgliedstaaten geschaffen, diesen andererseits aber auch Einschränkungen auferlegt: von den Konjunkturprogrammen, aus denen allen Beteiligten weitreichende Verbindlichkeiten erwachsen, über gemeinsame Beschaffungen (Impfstoffe, Waffen), solidarische Sanktionen gegenüber kriegerischen Aggressionen und ein geschlossenes politisches Auftreten nach dem Brexit bis hin zu einer weltweit wegbereitenden Rechtsetzung im Bereich der künstlichen Intelligenz vor dem Hintergrund einer möglichen Degeneration.

Diese vom Europäischen Parlament als erforderlich erachteten politischen Maßnahmen sahen umfangreiche Beschränkungen der nationalen Souveränität vor, was naturgemäß auf einen starren Widerstand zur Verteidigung der staatlichen Vorrechte traf.

Dieser Widerstand war zweifacher Natur. So wurde einerseits eine Opposition hinsichtlich institutioneller Fragen verzeichnet. In den letzten Jahren hat das Europäische Parlament unzählige Male erfolglos über die Abschaffung des sperrigen Grundsatzes der Einstimmigkeit im Europäischen Rat abgestimmt. Gleichermäßen scheiterten wiederholte Versuche, eine transnationale – und somit vor jeglicher staatlichen Einflussnahme geschützte – Liste für die Europawahl aufzustellen. Andererseits zeigte sich eine identitätsbezogene Opposition, die auf ein mehrseitiges Mitverschulden zurückgeführt werden kann.



Als „Grundverschulden“ kann eine zu allgemein gehaltene Zusicherung in den Verträgen („Die Union achtet die ... jeweilige nationale Identität [der Mitgliedstaaten], die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen ... zum Ausdruck kommt.“) gesehen werden. Hierbei handelt es sich um eine im Wortlaut uneindeutige Absteckung der rechtlichen Grenzen des „verfassungsmäßigen Nationalismus“, die vor allem aber die Gründe des „identitätsbezogenen Nationalismus“ außer Acht lässt, der auf historische – und nach wie vor aktuelle – tiefgreifende Impulse der sozialen Vielfalt Europas zurückgeht. Ein weiteres schwerwiegendes Verschulden ist aufseiten der Regierungen zu suchen, welche unter dem Deckmantel identitätsbezogener Interessen freiheitsbeschränkende institutionelle Bestimmungen auf nationaler Ebene erlassen, die sich in der Folge auch gegen europäische Grundwerte richten.

Angesichts dieser kontroversen Lesart der parlamentarischen Demokratie Europas fällt eine Abwägung der einzelnen nationalen Wahlen äußerst schwer. Diesbezüglich lässt sich allerdings eine Art Gegenteilstendenz verzeichnen. Während die Europawahlen bislang als groß angelegte Stimmungsumfrage im Vorfeld nationaler Wahlen galten, ist nun das Gegenteil der Fall.

Die starken institutionellen und wirtschaftlichen Interdependenzen, die sich in der Union gefestigt haben, haben die nationalen Wahlentscheidungen auf eine gewisse Weise relativiert. Die Wahl der Regierung der Union in Straßburg, die den Abschluss des komplexen Wahlverfahrens darstellt, wird ein Moment der politischen Wahrheit sein, der wegweisend für das gesamte parlamentarische System auf EU- sowie auf nationaler Ebene sein dürfte. Dessen ist man sich in den 27 Mitgliedstaaten bewusst.

Europa sieht sich erneut mit einer Migrationskrise konfrontiert. Innerhalb einer Woche kamen mehr als 10.000 Migranten an den Ufern von Lampedusa an, einer kleinen Insel mit etwa 6.000 Einwohnern, 145 Kilometer vor der Küste Tunesiens. Innerhalb weniger Stunden hat sich ihre Bevölkerung verdoppelt, mit all den Konsequenzen, die sich daraus für die Migranten, die Behörden und die Bewohner ergeben.

Wir haben bereits im Jänner dieses Jahres davor gewarnt, dass Europa in eine neue Migrationskrise schlittert. Damals beschuldigten uns Sozialdemokraten und Liberale, Populismus zu schüren. Sie wiesen unsere Warnungen und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zurück. Anstatt nach Lösungen zu suchen, um den irregulären Zustrom von Migranten nach Europa zu stoppen, ignorierten sie ihn. Während Bürgermeister und Stadträte aller Parteien erklären, dass sie an ihre Grenzen gestoßen sind, verzögern die Linken die überfällige Reform des Asyl- und Migrationsrechts in Europa. Sie sabotieren Versuche, mit Ländern in Nordafrika zusammenzuarbeiten, um die Anzahl der irregulären Bootsankünfte zu reduzieren.

Der einzige Vorschlag, den Sozialdemokraten und Liberale zum Umgang mit irregulärer Migration erbracht haben, sind Such- und Rettungsmissionen. Das reicht aber nicht. Wir brauchen eine umfassende neue europäische Seemission im Mittelmeer, die auch wirklich in der Lage sein muss, Migranten an die nordafrikanische Küste zurückzubringen. Nur so kann das Geschäftsmodell krimineller Banden durchbrochen werden, die durch Menschenschmuggel reich werden.

Realität ist auch, dass die Mehrheit der Menschen, die die Überfahrt unternehmen, Wirtschaftsmigranten sind, die kaum Chancen auf internationalen Schutz in Europa haben. Aber die Schlepper wissen, dass die Rückkehrpolitik nicht funktioniert. Einmal über der Grenze, sind Verfahren und Logistik so kompliziert und kostspielig, dass es nahezu unmöglich ist, jemanden zurückzuschicken. Trotzdem möchten die Linken in Europa die Gesetzgebung noch restriktiver gestalten. Anstatt zu versuchen, Wirtschaftsmigranten gleichmäßig in der EU zu verteilen, sollten sie schnell und konsequent zurückgeschickt werden.

Wir stehen zum grundlegenden Recht auf Asyl. Gleichzeitig hat sich das Ausmaß und die Komplexität der Migration radikal verändert. Es braucht mehr Realismus und weniger Idealismus in der Migrationsfrage.

Wir können Migrationskrisen vermeiden. Europa muss vereint für eine Asyl- und Migrationsreform eintreten. Wir sind näher an einer Einigung als je zuvor. In ein paar Jahren werden wir auf diesen Moment zurückblicken, entweder als die größte verpasste Chance in einem Jahrzehnt oder als den ersten Schritt zur Wiederherstellung der Ordnung bei den Migrationsströmen. Ohne eine europäische Lösung werden wir von einer Migrationskrise in die nächste schlittern und dabei die Rechtsextremen stärken. Die Zeit zum Handeln ist jetzt.

**Angelika WINZIG**  
ÖVP-Delegationsleiterin im  
Europaparlament

# DIE NEUE WÄHRUNGSPOLITISCHE WELT VON BRICS+

---

Am 1. Januar 2024 werden Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, der Iran, Argentinien, Ägypten und Äthiopien den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) beitreten. Dies wird die geopolitischen Beziehungen tiefgreifend verändern. Im neuen Staatenbund BRICS+ werden etwa 42 % der Weltbevölkerung vertreten sein; er wird wirtschaftlich stärker ins Gewicht fallen als die G7, die ein exklusiv westliches Gremium ist.

Die Staatengruppe BRICS+ wird sich jedoch nicht zu einer Militärmacht wie die NATO entwickeln. Diese Länder werden auch nicht normativ in den internationalen Handel eingreifen, wie dies bei der Europäischen Union der Fall ist. Die zahlreichen Spannungen zwischen China und Indien oder zwischen Saudi-Arabien und dem Iran werden einer geschlossenen politischen Front bei vielen internationalen Fragen im Wege stehen.

Was die 11 Länder, denen weitere folgen werden (der Beitritt Indonesiens, Nigerias, Vietnams und Mexikos steht noch bevor), eint, ist die wachsende Ablehnung der währungspolitischen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten. König Dollar mischt bei sämtlichen internationalen Transaktionen in erdrückender Weise mit. Im Jahr 2022 wurden an den Devisenmärkten bis zu 88 % der täglichen Geschäfte in Dollar abgewickelt. Auf die US-Währung entfielen mehr als 60 % der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten internationaler Banken und rund 59 % der offiziellen Währungsreserven.

Die US-Amerikaner entscheiden über das Wohl und Wehe beim Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank – und Washington setzt seine Sperrminorität ungeniert ein. Alle internationalen Entwicklungsbanken tragen implizit US-amerikanischen Interessen Rechnung. Selbst die „reichste“ Entwicklungsbank, die Europäische Investitionsbank, investiert nirgendwo, wenn Washington die Stirn runzelt.

Die Vereinigten Staaten schrecken auch nicht davor zurück, ihre Währung massiv als politische Waffe einzusetzen. Durch den Umstand, dass auch nur ein einziger US-Dollar verwendet wird, erhält die US-amerikanische Justizmaschinerie automatisch die Befugnis, ein internationales Unternehmen wegen Verstoßes gegen US-Rechtsvorschriften zu verurteilen. Vielen europäischen Großbanken kam ihr direkter Handel mit Kuba oder dem Iran teuer zu stehen.

Der Staatenbund BRICS+ und eine wachsende Anzahl von Ländern nehmen es nicht länger hin, dass der US-dominierte Westen aus politischen Gründen Handelssanktionen verhängt und Vermögenswerte blockiert.

Die brutale Invasion in die Ukraine durch Russland unter Präsident Putin wurde nur von einigen wenigen, von Moskau abhängigen Ländern begrüßt. Dennoch enthielt sich eine beträchtliche Anzahl von Ländern der Stimme oder blieb der Abstimmung über die Resolutionen, in denen dieser offenkundige Verstoß gegen die UN-Charta verurteilt wurde, fern. Vor allem lehnen es auch viele Länder ab, sich den vom Westen beschlossenen Sanktionen gegen Russland anzuschließen.



---

Die Sperrung der von der russischen Zentralbank gehaltenen Guthaben wurde als eindringliche Warnung empfunden. Wie können Zentralbanken auf internationaler Ebene währungspolitisch zusammenarbeiten, wenn sich ein Akteur alle Rechte anmaßt? Dies gilt umso mehr, als die US-amerikanische Geldpolitik den Dollar nach Belieben nach oben oder nach unten treibt, was sich häufig für in Dollar verschuldete Länder verheerend auswirkt.

**Robert GOEBBLES**

Diese bisweilen toxische Abhängigkeit vom US-Dollar veranlasst immer mehr Länder, insbesondere die BRICS-Länder, sich außerhalb dieser allzu dominanten Währung zu organisieren. Russland akzeptiert indische Rupien für die Lieferung von Kohlenwasserstoffen. Saudi-Arabien zahlt seine Lieferungen an China in RMB. China hat mit vierzig Zentralbanken aus Schwellenländern ein Netz von RMB-Swaps in Höhe von über 500 Milliarden USD eingerichtet. Dies ist der Beginn eines langen Kampfes gegen den Dollar, der zu anmaßend geworden ist. Der Staatenbund BRICS+ möchte eine neue internationale Währungsordnung schaffen. Wie wird sich dabei der Euro positionieren?

# STÄDTEPARTNERSCHAFTEN MIT DER UKRAINE ALS ZUKUNFTSOPTION

---

Deutschland zählt zu den EU-Ländern, die reiche Erfahrung mit Städtepartnerschaften in aller Welt einbringen können, was im Fall Ukraine allerdings ausbaufähig war. Manche Kontakte entstanden zwar schon vor langer Zeit im noch geteilten Ostdeutschland. Im westlichen Teil wurden einige erst in den 1980er Jahren nach der Besetzung der Krim oder nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl einige Partnerschaften geschlossen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat jedoch zu vielen neuen Verbindungen geführt: Inzwischen gibt es rund 40 deutsch-ukrainische Städteverbindungen, darunter Regensburg-Odessa, München-Kiew oder Nürnberg-Charkiw.

Nürnberg und Leipzig sind zusätzlich mit dem polnischen Krakau verbunden, was sich aufgrund der geografischen Lage zu einer Anlaufstelle für ukrainische Flüchtlinge und zu einem Logistik-Drehkreuz für Hilfstransporte entwickelt hat. Auch in Krakau selbst ist der Bedarf an Hilfsgütern für Flüchtlinge groß. In Charkiw gibt es eine "Service-Hotline-Flüchtlinge" und eine Unterkunftsbörse für diejenigen, die ihr Dach über dem Kopf verloren haben. Ein Hilfstransport namens "Frankenkonvoi" (genannt nach der Herkunftsregion) hat Kleidung, Hygieneartikel, Wasser und Lebensmittel gebracht und verteilt.

Auch Düsseldorf am Rhein, wo ich lebe, hat sich in die Ukraine aufgemacht und sich der Stadt Czernowitz im ukrainischen Westen partnerschaftlich angeschlossen. Das ist weit weg von den zerstörten Plätzen wie Charkiw oder Mariopol, aber auch ein Ort des Mangels, denn hierher kommen viele Menschen auf der Flucht auf der Suche nach Unterkunft und Versorgung. Dazu dient die Hilfe aus Düsseldorf, die zur Verfügung stellt, was dringend benötigt wird.

Die lokale Zusammenarbeit macht es überall möglich, sich am wirklichen Bedarf zu orientieren und den örtlichen Notwendigkeiten zu entsprechen. Eine Hotline unterstützt die Kommunen bei der Planung.

Hier melden sich auch Städte, die helfen wollen, aber bisher (noch) keine Beziehungen zur Ukraine hatten oder haben. Für viele stellt sich allerdings die Frage, wie sie nun mit den Partnerschaften zu russischen Städten umgehen sollen, von denen es in Deutschland vor dem Krieg 80 nebst etwa 50 weiteren Kooperationen gab. Die Entscheidungen fielen unterschiedlich aus. Viele hoffen auf deutscher Seite, dass sich die Kontakte in der Krise deeskalierend auswirken. Düsseldorf hat jedoch seine Partnerschaft mit Moskau kurz nach Kriegsbeginn als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine "nach dem beispiellosen Akt der Aggression" Russlands gekündigt.

Stattdessen nahm die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt infolge bereits bestehender guter Kontakte der jüdischen Gemeinde Düsseldorfs in die früher gern "Klein-Wien", genannte ukrainische Stadt auf, was gut zu "Klein-Paris" am Niederrhein passte. Das von Düsseldorf projektierte Holocaust-Museum befindet sich wegen des Krieges allerdings noch im Wartestand.

Die Städtepartnerschaften sind nicht nur ein Hilfsprojekt in schwieriger Zeit, sondern auch eine Zukunftsoption für die Zeit nach dem (für die Ukrainer zu gewinnenden!) Krieg auf dem Weg der Ukrainer in die Europäische Union!

**Karin Junker**

# DAS GEBOT EINER KOHÄSION 2.0

---

Wie im gemeinsamen deutsch-französischen Bericht vom September über die Reform und Erweiterung der EU für das 21. Jahrhundert deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, befindet sich die Union aufgrund geopolitischer Verschiebungen, transnationaler Krisen und interner Komplexität derzeit in einer kritischen Phase. Da die Erweiterung ganz oben auf der politischen Agenda steht, werden in dem Bericht vier Stufen der europäischen Integration empfohlen.

*Wie auch immer sich diese lebenswichtige Debatte entwickeln wird, es gibt ein unbestreitbares Gebot – nämlich, dass das „Zentrum Bestand haben muss“.*

Damit ist nicht nur das 19 Länder umfassende Euro-Währungsgebiet gemein, sondern alle 27 Mitgliedstaaten. Und daraus ergibt sich die Bedeutung der Kohäsionspolitik 2.0, die bis Dezember Gestalt annehmen soll. Bei der Kohäsionspolitik 2.0 besteht die übergeordnete Herausforderung in diesem Zusammenhang darin, die Wirkung der Kohäsionspolitik im Hinblick auf die Verringerung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten zu maximieren und zu einem europäischen Wachstumsmodell für Regionen beizutragen, das auf einem fairen digitalen und ökologischen Wandel im Kontext der regionalen Erholung und des regionalen Wachstums beruht. Mit dieser Aufgabe wurde eine hochrangige Spezialistengruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik gemäß dem Beschluss der Kommission vom 27. Januar 2023 beauftragt, die ihren Bericht bis zum Jahresende vorlegen soll. Im Mittelpunkt dieses Vorhabens stehen die immer wichtiger werdenden Themen Beschäftigung und Wachstum.

Es handelt sich um dieselben Aspekte, die in einer Stellungnahme des EMPL-Ausschusses des achten Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2016 (2016/2148(INI) vom 17.10.2016) hervorgehoben wurden, für deren Ausarbeitung ich verantwortlich war und die mit einer überwältigenden Mehrheit von 47 Stimmen bei nur zwei Gegenstimmen angenommen wurde. Die zentralen Empfehlungen, die wir damals in Bezug auf die europäischen Struktur- und Investitionsfonds formuliert hatten, lauteten, dass sie für folgende Zwecke genutzt werden müssen:

- Schaffung und Förderung hochwertiger Arbeitsplätze sowie Förderung eines hochwertigen lebenslangen Lernens und hochwertiger Systeme der beruflichen (Weiter-)Bildung, damit sich die Arbeitnehmer unter guten Voraussetzungen an die sich wandelnden Gegebenheiten der Arbeitswelt anpassen können;
- Förderung des nachhaltigen Wachstums, der Wettbewerbsfähigkeit und der Entwicklung sowie des gemeinsamen Wohlstands, der auf ein sozial gerechtes, nachhaltiges und inklusives Europa ausgerichtet ist, wobei der Schwerpunkt auf den am wenigsten entwickelten Gebieten und Wirtschaftszweigen mit strukturellen Problemen liegt;
- Unterstützung der besonders schutzbedürftigen und am stärksten exponierten Gruppen der Gesellschaft, allen voran junge Menschen und Personen mit den geringsten Qualifikationen, sowie – Förderung der Beschäftigung durch eine Kreislaufwirtschaft und Energie aus erneuerbaren Quellen.

---

Darüber hinaus wurde in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass einer der am häufigsten genutzten Fonds – der Europäische Sozialfonds – nicht ausschließlich ein Investitionsinstrument ist, sondern vielmehr ein Instrument, mit dem die Umsetzung von Maßnahmen von allgemeinem Interesse, der Ausbau institutioneller Kapazitäten von Behörden und Interessenträgern sowie eine effiziente öffentliche Verwaltung gefördert werden.

**Georges PIRINSKI**  
S&D, 2014–2019;

Es liegt auf der Hand, dass Europa und die Welt inzwischen überwältigende Veränderungen durchgemacht haben. Daher ist der derzeitige spanische Ratsvorsitz dafür zu würdigen, dass er die Debatte über die Kohäsionspolitik voranbringt und somit – nachdem dieses Thema auf der Tagesordnung des vorangegangenen Ratsvorsitzes Schweden praktisch nicht vorkam – einen Kurswechsel vollzogen hat. Auf der informellen Ministertagung in Murcia vom 29. September erörterten die Ministerinnen und Minister, dass mit Blick auf DIE Kohäsionspolitik aus den Erfahrungen mit der Aufbau- und Resilienzfazilität gelernt werden muss und eine Reflexion erforderlich ist, um kontinuierliche Synergieeffekte sowohl als Herausforderung als auch als Chance zu ermöglichen.

Dennoch haben die oben dargelegten Erwägungen aus dem Jahr 2016 seitdem an Relevanz und neuer Dringlichkeit gewonnen. Hoffentlich wird ihnen eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung des neuen Rahmens für Kohäsionspolitik 2.0 eingeräumt.



## Ein Plädoyer für Planung und Vorbereitung innerhalb der EU.

Die Frage der irischen Einheit ist nicht nur eine irische Angelegenheit, sondern auch eine europäische.

Im Rahmen ihrer Weiterentwicklung muss die Europäische Union die Möglichkeit einer zukünftigen Verfassungsänderung in Irland berücksichtigen. In diesem Artikel wird auf die Frage eingegangen, warum die irische Einheit eine europäische Angelegenheit ist und warum die EU für eine solche Eventualität aktiv planen und sich vorbereiten sollte.

Einer der wichtigsten Gründe, warum die irische Einheit auch die EU betrifft, ist das Karfreitagsabkommen, das einem jahrzehntelangen Konflikt ein Ende setzte. Die EU spielte eine wesentliche Rolle bei der Förderung und Unterstützung des Friedensprozesses. Im Rahmen des Karfreitagsabkommens wurde anerkannt, dass der Norden Irlands sich mit dem Süden wiedervereinigen könnte, wenn sich der Großteil seiner Einwohner hierzu entschiede. Das bedeutet, dass die irische Einheit bereits ein Thema internationaler Übereinkünfte und Überlegungen ist.

Die Einheit Irlands würde zu einer wesentlichen Verlagerung der Außengrenzen der EU führen. Aktuell ist der Süden Irlands ein Vollmitglied der EU, während der Norden durch Großbritannien kontrolliert wird, das die EU mit dem Brexit verlassen hat. Sollte sich Nordirland mit dem Süden wiedervereinigen, würde das Land automatisch wieder der EU beitreten. Diese Veränderung der EU-Außengrenzen hätte Auswirkungen auf Zölle, den Handel und regulatorische Angelegenheiten. Die EU muss sich auf diese mögliche Grenzverlagerung vorbereiten, um einen reibungslosen Übergang sicherzustellen.

Eines der grundlegenden Ziele der EU ist es, Frieden und Stabilität in Europa aufrechtzuerhalten.

Das Karfreitagsabkommen und der Frieden, den es brachte, wurden hierbei als bedeutende Errungenschaft angesehen. Die Möglichkeit eines erfolgreichen Referendums zur Wiedervereinigung Irlands stellt eine Chance dar, den Frieden in der Region weiter zu festigen. Die EU sollte einen friedlichen, demokratischen Prozess, der die Einheit und Stabilität fördert, aktiv unterstützen.

Die irische Einheit würde zudem aufgrund eines bedeutenden unionistische Bevölkerungsanteils im wiedervereinigten Irland einen demografischen Wandel mit sich bringen. Die EU engagiert sich stark für den Schutz der Rechte von Minderheiten sowie dafür, sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger fair behandelt werden. Die Vorbereitung auf die Einheit Irlands sollte Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen von Personen, die sich im wiedervereinigten Irland als britisch oder unionistisch betrachten, mit einschließen.

Die irische Einheit hätte zudem wirtschaftliche Auswirkungen sowohl für den Norden als auch den Süden der Insel. Die EU sollte darauf vorbereitet sein, bei der Bewältigung dieser Veränderungen unterstützend zur Seite zu stehen, um den Schutz des wirtschaftlichen Wohlergehens aller Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Dies könnte die finanzielle Unterstützung für die Entwicklung der Infrastruktur, die wirtschaftliche Diversifizierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Zeit nach der Wiedervereinigung umfassen.

---

Die EU ist in der Vergangenheit bereits häufig als Friedensstifter und Vermittler bei Konflikten auf der ganzen Welt aufgetreten. Durch die aktive Teilnahme am Planungs- und Vorbereitungsprozess für die Einheit Irlands kann die EU ihr Engagement für die friedliche Beilegung von Konflikten und die Förderung der Einheit unter ihren Mitgliedstaaten zeigen.

Die irische Einheit ist nicht nur eine irische Angelegenheit, sondern eine europäische mit erheblichen Auswirkungen für die EU. Die EU sollte eine proaktive Rolle bei der Planung und Vorbereitung für eine zukünftige Verfassungsänderung in Irland einnehmen. Dazu gehört auch, sich mit Themen rund um Grenzen, Frieden, Minderheitsrechte und wirtschaftliche Stabilität auseinanderzusetzen. Hierdurch kann die EU ihren Grundsätzen des Friedens, der Stabilität und der Einheit gerecht werden und gleichzeitig aktiv die demokratischen Entscheidungen des irischen Volks unterstützen.

**Martina Anderson**

Während wir im Vereinigten Königreich den Jahrestag des Todes von Königin Elizabeth begehen und das erste Herrschaftsjahr von Charles III verzeichnen, stellt sich für viele die Frage, ob das Zeitalter der Monarchien vorbei ist.

Der ehemalige König Farouk von Ägypten soll bei seinem Gang ins Exil gesagt haben, dass bis zum Jahr 2000 weltweit nur noch fünf Monarchien übrig sein würden: „Der Pikkönig, der Karokönig, der Kreuzkönig, der Herzkönig und Großbritannien“. Offensichtlich lag er falsch. Während zu dieser Zeit die Monarchie in Griechenland ihr Ende fand, wurde eine andere in Spanien erfolgreich wieder eingeführt und weitere europäische Monarchien gedeihen weiterhin in Skandinavien und den Benelux-Ländern. Beileibe nicht nur das Vereinigte Königreich verfügt also über ein monarchisches Regierungssystem.

Im Laufe meiner Zeit im Europäischen Parlament verstand ich es stets als Privileg, in einem Raum mit Otto von Habsburg zu sitzen. Welch großartiger Mann und großartiger Europäer er war. Als ich als Schüler europäische Geschichte lernte und etwas über diese elenden Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts, geschweige denn des 20. Jahrhunderts, erfuhr, hätte ich es mir nie erträumen lassen, eines Tages an der Seite eines Habsburgers das ungarische Parlament zu betreten. Wir waren beide Mitglieder des Gemischten parlamentarischen Ausschusses und halfen Ungarn bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt.

Die Frage lautet jedoch: Sollten Monarchien der Geschichte überantwortet werden und war Farouk mit seiner Vorhersage seiner Zeit nur 50 Jahre voraus?

Der Tod Ihrer Majestät Königin Elizabeth führte im Vereinigten Königreich zu einer vorhersehbaren Aufwallung von Loyalität gegenüber dem Königshaus, hat jedoch gleichzeitig zu einem Wiederaufleben republikanischer Ideen geführt. Dennoch zollten auch entschiedene Republikaner Königin Elizabeth ihren Respekt und die Würdigung, die ihr der französische Präsident Macron zuteilwerden ließ, insbesondere mit den Worten: „Für die Menschen des Vereinigten Königreichs war sie „ihre Königin“, für uns aber war sie „die Königin“, fand im Vereinigten Königreich starken Anklang. Ich hoffe, dass sich die dänischen Kolleginnen und Kollegen, mit ihrer wundervollen Königin Margrethe, von dieser Aussage nicht gekränkt fühlten.

König Charles III wird sich unseren Respekt und unsere Zuneigung, die Ihre Majestät Königin Elizabeth genoss, erst noch verdienen müssen. Beide Attribute waren Frucht ihres über 70 Jahre dauernden hingebungsvollen Wirkens. Nichtsdestoweniger glaube ich nicht, dass Charles III jemals das gleiche Schicksal wie seinen Vorgänger Charles I ereilen wird, der geköpft wurde. Wir Briten sind den Franzosen mit der Hinrichtung eines Königs über 100 Jahre voraus. Andere, wie Edward II, trafen noch schlimmere Schicksalsschläge.

Wird Charles III jedoch jemals so geliebt werden wie seine Mutter und brauchen wir einen Staatschef, der gleichermaßen geliebt und anerkannt wird?

---

Das wunderbare an Europa ist, dass wir Europäerinnen und Europäer alle unterschiedliche Geschichten und Traditionen haben. Meines Erachtens hat ein Staatschef, der über den politischen Differenzen steht und alle Menschen eint, in einer Demokratie eine Existenzberechtigung und ich als Demokrat bin jedenfalls bereit, das Lied „God Save the King“ anzustimmen. Ein Monarch ist manchmal jene Institution, die eine tief gesplante Nation einen kann. Ein politisch gewählter Präsident erreicht dies meist nicht. Vor allem die USA würden zurzeit von mehr Symbolen nationaler Einheit und Stabilität profitieren.

Auf eine Monarchie, die in der Lage ist, ein Gefühl von Identität und Kontinuität aufrechtzuerhalten, sollte nicht leichtfertig verzichtet werden. Abrupte Veränderungen definieren unsere Zeit. Stabilität und das Gefühl, irgendwo auf dieser Welt seinen Platz zu haben und dazu zu gehören, sollten nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Beides könnte uns sogar zu besseren Nachbarn machen.

Wie ich bereits eingangs erwähnt habe, muss man sich Liebe und Zuneigung verdienen; ganz egal, ob Monarchie oder Republik, beide müssen sich an die neuen Gegebenheiten unserer Zeit anpassen. Was im Mittelalter, oder sogar im 19. und 20. Jahrhundert akzeptabel war, ist im 21. Jahrhundert undenkbar. Glücklicherweise scheint es mir, dass König Charles und sein Thronerbe Prinz William voll und ganz zu schätzen wissen, dass wie im Falle von König Willem-Alexander in den Niederlanden ein Monarch nach dem Triumvirat dreier wunderbarer Vorgängerinnen erfolgreich sein kann. Die Schweden haben uns gezeigt, dass die männliche Primogenitur nicht mehr zeitgemäß ist, und wir in Großbritannien haben unser Gesetz in dieser Hinsicht stillschweigend geändert.

Auch mit Blick auf die Kosten ist eine Monarchie wesentlich günstiger als Wahlen. Ich gebe zu, dass mehr Menschen den Louvre im republikanischen Frankreich besuchen als den Buckingham Palace, und dass Tourismus sicherlich auch ohne einen Monarchen funktioniert. Doch wie viele japanische, amerikanische oder chinesische Touristen würden nach London kommen, wenn sie nicht von dem Prunk der Monarchie angelockt werden würden. Sie kommen sicherlich nicht wegen des Wetters oder der Gastronomie.

Lang lebe der König!

**Roy Perry**

**EPP-ED, United Kingdom (1994–2004)**



## DER „OCEAN RACE“-GIPFEL AUF DER TAGUNG DER VEREINTEN NATIONEN AM 18. SEPTEMBER 2023

Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen waren zahlreiche, außerordentlich wertvolle Beiträge zu hören. Genua hat eine führende Rolle dabei gespielt, und zwar als Gastgeber der diesjährigen Zieletappe der Segelregatta „Ozean Race“ und mit der Unterzeichnung des als „Genua-Prozess“ bezeichneten Protokolls, wodurch es den Namen der Stadt in der ganzen Welt bekanntgemacht hat. Genua wird somit stets untrennbar mit der Charta der Rechte der Weltmeere und ihrer Rettung verbunden sein. Zuallererst möchte ich die Rede von Paul Roughan erwähnen, dem Vertreter der indigenen Gemeinschaft der pazifischen Inseln und strategischen Berater der wichtigsten internationalen Organisationen in diesem Bereich. Er hat uns daran erinnert, dass jede grundlegende Emotion unseres Lebens durch das Salz in unseren Tränen und in unserem Schweiß zum Ausdruck kommt, denn schließlich bestehen wir Menschen zu 60 Prozent aus Wasser. Daraus folgt, dass die Ozeane, die wir erhalten müssen, nicht nur da draußen, sondern auch in uns selbst sind.

Der Premierminister von Kap Verde erläuterte anschließend, wie sein Engagement für die Rettung der Ozeane für ihn gleichbedeutend mit dem Recht auf Leben seines Landes ist, das vollständig vom Meer umgeben ist, was ihm gleichzeitig die Möglichkeit bietet, alle für die Schönheit des Meeres zu sensibilisieren. Dies ist Paradebeispiel dafür, wie man ein Anliegen vorbringen und dies mit dem Tourismus und der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes verknüpfen kann.

Minister, Botschafter und Meinungsmacher sprachen anschließend nacheinander sehr eindrücklich über die Bedeutung der Ozeane und erklärten, dass ihr Schutz, wie der Premierminister von Kap Verde dargelegt hat, nicht nur eine lebenswichtige Notwendigkeit, sondern auch eine Chance für eine Wirtschaft darstellt, mit der man die Welt nachhaltiger gestalten kann.

Auch der Vertreter der Weltbank hat dies sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen wurde. So hat sich die Weltbank bereit erklärt, in die Ziele der Charta der Rechte der Weltmeere zu investieren und mit den Initiatoren zusammenzuarbeiten, da diese Charta mit der wirtschaftlichen Entwicklung eng verknüpft ist. Einige Mittel wurden bereits zugewiesen, und weitere werden folgen.

Der brasilianische Umweltminister gab bekannt, dass die Abholzung des Regenwalds im Amazonasgebiet in den wenigen Monaten der neuen Regierung um 40 % zurückgegangen sei und bis 2030 auf null reduziert werde. Er wies ferner darauf hin, dass Brasilien eigentlich über zwei Wälder verfüge, einen grünen Wald, den Amazonas-Regenwald, und einen blauen Wald, den Ozean an seinen Küsten mit seinen zahlreichen Inseln. Der blaue Wald ist für sein Land nicht weniger wichtig als der grüne, und Brasiliens Eintreten für die Rechte der Weltmeere ist von vorrangiger Bedeutung, wie dies seine Präsenz bei den Vereinten Nationen bezeugt.

---

Aber auch die Minister, die dort Panama und Schweden vertraten, bliesen in das gleiche Horn.

Es wäre unmöglich, jede einzelne Maßnahme hier kurz aufzulisten, die zwar jede für sich einzigartig ist, aber im Einklang mit den anderen Maßnahmen steht. So hat jeder mit Bravour auf seinem Instrument in einem Orchester von Weltrang gespielt.

Und was soll man über den Dirigenten dieses Orchesters sagen? Da wäre an erster Stelle das hervorragende Personal der Vereinten Nationen zu erwähnen, das hochrangig vertreten ist. Ich möchte meinen herzlichen Glückwunsch an Richard Brisius, den legendären Leiter der Regatta „Ocean Race“ und den gleichermaßen legendären Peter Thomson, Sondergesandter der Vereinten Nationen für Ozeane, aussprechen, die beide ein unzertrennliches Duo bilden.

Ich kann jedoch nicht umhin, auch denjenigen zu erwähnen, der sich nicht nur intellektuell, sondern auch körperlich engagiert, um die Ozeane zu verteidigen, denn Lewis Pugh war ebenfalls auf der Bühne anwesend, der unbeugsame Anwalt und passionierte Schwimmer, der für unmöglich gehaltene Taten vollbracht hat, um die Menschen in der ganzen Welt auf den Schutz unserer Ressource Wasser, der Ozeane, aber auch der Meere, Seen und Flüsse, aufmerksam zu machen. Er ist vor Kurzem den gesamten Hudson River hinaufgeschwommen, was einen Monat gedauert und in dieser Zeit die Aufmerksamkeit aller internationalen Medien auf New York und diese Veranstaltung der Vereinten Nationen gelenkt hat. Ich danke Lewis Pugh und ich danke der Stadt Genua dafür, dass sie die Bedeutung dieses außergewöhnlichen und lebenswichtigen Eintretens für das Überleben und die Gesundheit, auch die wirtschaftliche Gesundheit, unseres Planeten erkannt haben.

**Isabella DE MARTINI**

Viele junge Britinnen und Briten beklagen den Verlust von Erasmus+ infolge des Brexit. Es geht nicht nur darum, dass diese Möglichkeit, im Rahmen einer Hochschulausbildung im Ausland zu studieren, nicht mehr gegeben ist. Erasmus+ umfasst auch das einst als „Jugend in Aktion“ bekannte Programm sowie eine breite Palette an beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte, für Personen, die im Bereich der „community education“ tätig sind, sowie für den Sektor des lebenslangen Lernens. Keines dieser Programme blieb bislang von dem Bruch mit Brüssel verschont – trotz der Versprechungen von Boris Johnson, dass das Vereinigte Königreich weiterhin an Erasmus+ teilnehmen werde.

Somit war es eine wunderbare Überraschung, dass ich zur Teilnahme an einer speziellen Zeremonie an der Loreto High School in Chorlton (Manchester) im Juli eingeladen wurde, bei der jungen Menschen und Lehrkräften prestigeträchtige Auszeichnungen für den Abschluss des Programms „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ (European Parliament's Ambassador School, EPAS) verliehen wurden. Wenngleich das EPAS keinen Ersatz für Erasmus+ darstellt, bietet es Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften eine umfassende Lernerfahrung, fußend auf europäischen Grundwerten und der parlamentarischen Demokratie. Es handelt sich dabei um ein EU-weites Programm, das seit 2021 im Vereinigten Königreich zur Verfügung steht. Das EPAS knüpft ein ganz Europa umspannendes Netzwerk aus 1 500 Mitgliedsschulen und 23 000 Schülerinnen und Schülern. Im Vereinigten Königreich wird das Programm vom Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments (EPLO UK) verwaltet, das auch die Zeremonie in Manchester organisierte.

Die Gäste wurden herzlich von Farhat begrüßt, der aufgeschlossenen Schulsprecherin der Loreto High School. Sie ist seit dessen Start im Herbst 2021 in das EPAS-Programm involviert und hat einen „EU lunchtime club“ für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler organisiert. Schülerinnen und Schüler hielten Präsentationen, um den Gästen über ihre Lernerfahrungen zu berichten.

Ani sagte: „Ich habe einige der Mittagsveranstaltungen besucht. Am besten in Erinnerung geblieben ist mit jene über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments. Ich habe viel über die einzigartigen und unterschiedlichen Länder gelernt, die darin vertreten sind und gemeinsam Entscheidungen treffen.“

Die Clubmitglieder planten zusammen mit den Schulköchen europäische Themenmenüs, organisierten Quizveranstaltungen und Feiern zum Europatag, nahmen an Wettbewerben teil und gewannen Reisen in EU-Länder wie Zypern, um dort andere EPAS-Schülerinnen und -Schüler zu treffen. Einige Schülerinnen und Schüler konnten das Europäische Parlament in Straßburg besuchen und andere sahen sich das EPLO UK-Büro in London an. Die Leiterin der Abteilung für moderne Fremdsprachen an der Loreto High School begann im Rahmen des Programms damit, Schülerinnen und Schüler dazu aufzufordern, einander in verschiedenen europäischen Sprachen zu begrüßen und belohnte all jene, die dies taten. Alle schienen enorm von ihren EPAS-Erfahrungen zu profitieren und einige sprachen sehnsuchtsvoll von einer Zukunft, in der das Vereinigte Königreich wieder der EU beitrifft.

---

Nicola Knowles, die Leiterin der Abteilung für persönliche Entwicklung an der Loreto High School, sagte: „... das EPAS ist sehr förderlich für unser Programm zur persönlichen Entwicklung, indem es sowohl materielle Ressourcen und Unterstützung bietet, um die Schülerinnen und Schüler über die EU zu informieren, als auch für einzigartige Erlebnisse sorgt. Es hat dazu geführt, dass unsere Schülerinnen und Schüler ihren Blick mehr nach außen richten und ist auch förderlich für die Gemeinschaft unserer Schülerinnen und Schüler mit anderen europäischen Muttersprachen. Unser „EU lunchtime club“ ist beliebt und ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, Projekte zu planen und dabei verschiedene Fähigkeiten zu nutzen.“

Als ehemaliges MdEP und Vertreterin des Nordwestens Englands war ich zur Enthüllung einer Wandtafel eingeladen, die das Engagement der Schule für das EPAS-Programm dokumentiert. Ich hielt auch einen Vortrag über meine Zeit im Parlament, präsentierte konkrete Beispiele meiner Arbeit als Mitglied des CULT-Ausschusses, wo ich an der Gestaltung des aktuellen Erasmus+-Programms mitwirkte, dessen Reichweite vergrößerte, die Finanzmittel erhöhte und den bürokratischen Aufwand verringerte. Ich wurde über meine Motivation gefragt, in die europäische Politik zu gehen. Diese hatte sich infolge meiner Beteiligung an EU-finanzierten Jugend-in-Aktion-Projekten zu Frieden und interkulturellem Austausch entwickelt, in deren Rahmen junge Menschen aus Russland und der Ukraine, Israel und Palästina sowie aus den EU-Mitgliedstaaten zusammenkamen.

Das EPAS-Programm ist ein Musterbeispiel. Es fördert die Aufrechterhaltung und Entwicklung guter Beziehungen zwischen Nachbarn durch ein akkreditiertes Bildungsprogramm, aktive Schülerinnen und Schüler und begeisterte Lehrkräfte. Ich hoffe, dass die durch dieses Programm gestärkten jungen Menschen zu Verfechtern einer hochwertigen inklusiven Demokratie werden und ihren Kolleginnen und Kollegen in ganz Europa und der Welt freundschaftlich die Hand reichen.

Weitere Informationen sind beim Youth Hub des Europäischen Parlaments unter <https://youth.europarl.europa.eu/de/home.html> verfügbar.

**Julie WARD**



## “PARTICIPATION IN EUROPE”

Angesichts der bevorstehenden Europawahl 2024 müssen wir uns auch intensiver mit den Möglichkeiten zur Beteiligung befassen, die uns die Europäische Union näherbringen. Wie im Weißbuch über Europäisches Regieren dargelegt, ist die Beteiligung eine der grundlegenden Säulen, auf denen die EU beruht. Zusammen mit Offenheit, Rechenschaftspflicht, Effizienz und Kohärenz schafft sie die „Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger systematischer in die Gestaltung und Umsetzung der Politik einzubeziehen“. Daher ist es von grundlegender Bedeutung, Europa und seine Institutionen zu kennen, um Projekte, die auf gemeinsamen Werten beruhen, durch schulische und universitäre Bildung und Ausbildung und darüber hinaus zu teilen.

Darum geht es in dem Buch „Participation in Europe“, das von mir und Michael Hindley, VEM-Vorstandsmitglied und Leiter des Programms „EP to Campus“, herausgegeben wurde. Das Buch wurde im November vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) in Zusammenarbeit mit den Historischen Archiven der Europäischen Union (HAEU) und mit Unterstützung der italienischen Behörde INDIRE für Erasmus+ veröffentlicht.

Lernen und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen sind das Kernthema dieser Veröffentlichung: Neben maßgeblichen Beiträgen enthält sie auch einen Bericht über die Konferenz „CAN THE EU LEARN FROM EXPERIENCE?“, die am 16. Juni des Vorjahres im Europäischen Hochschulinstitut im Prunksaal „Sala del Consiglio“ der Villa Salviati in Florenz stattfand.

Die Beiträge dieser Konferenz verdeutlichen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit in den verschiedenen Bildungsprogrammen, um gemeinsame Projekte zu verwirklichen. Ebenso wird darauf verwiesen, wie wichtig es ist, die eigenen Erfahrungen aus der pädagogischen und politischen Tätigkeit an junge Menschen weiterzugeben.

In dieser historischen, von schweren Konflikten und ernsten Krisen geprägten Epoche, die zum Teil auch auf den pandemiebedingten langen Lockdown zurückzuführen sind, wird die Europäische Union unweigerlich einen neuen Wandel durchlaufen, der auch durch ihre fortgeführte Erweiterung bedingt ist und uns Anlass gibt, über die Zweckmäßigkeit eines ständigen Dialogs nachzudenken. Im Rahmen der drei Veranstaltungsteile dieser Konferenz sprachen Experten, Kollegen, Akteure, Professoren und Studenten über den „Modus operandi“, um das Verständnis, die Beteiligung und die Mobilität in Europa und in Nicht-EU-Ländern zu verbessern und so gemeinsame Projekte zu verwirklichen. Der erste Teil der Konferenz befasste sich mit der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen dem VEM und dem Europäischen Hochschulinstitut (EUI), die vor acht Jahren ihren Anfang nahm, mit besonderem Augenmerk auf dem HAEU-Bildungsprogramm. Im zweiten Teil wurde der Erfolg des vor fünfzehn Jahren ins Leben gerufenen VEM-Programms „EP to Campus“ aufgezeigt, bei dem ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments als Referenten an Universitäten und Hochschulen eingeladen werden. Der dritte Teil befasste sich mit dem Erfolg des Programms Erasmus+, das seit jeher von allen europäischen Institutionen und insbesondere vom Europäischen Parlament entschieden unterstützt wird. Das Europäische Parlament betont dessen Verdienst bei der Förderung der partizipativen Bürgerschaft, der politischen Bildung und der europäischen Identität und möchte auch die Beteiligung von Menschen mit geringeren Möglichkeiten erhöhen.



---

Das überwältigende Echo der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung war für uns sehr ermutigend.

Um die europäische Politik sowohl den jungen Menschen als auch der breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und den offenen Dialog zwischen der EU und ihren Bürgern zu bewahren, ist eine Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Institutionen erforderlich, um gemeinsame und wirksame Projekte auf der Grundlage von Wissen und Lernen mit fairen, gemeinsamen und inklusiven Maßnahmen zu verwirklichen.

Die „sanfte Macht“ der Bildung, insbesondere in diesen schwierigen und turbulenten Zeiten, sollte sorgfältig evaluiert werden, da diese Form der Kulturdiplomatie zu überraschenden Ergebnissen führen kann. Kultur- und Bildungsaktivitäten haben zweifellos das Potenzial, die beste Seite einer Nation zu zeigen und den Aufbau strukturierter und dauerhafter Beziehungen zu ermöglichen.

**Monica BALDI**

FMA Vice-President

## DAS EUROPA DER ZWEI GESCHWINDIGKEITEN

Die Europäische Union ist eine internationale Organisation, die sich auf die Grundsätze und Werte der Demokratie stützt. Sie ist immerzu bestrebt, diese Grundsätze und Werte zu fördern und ihnen zu dienen.

Seit ihrer Gründung hat die EU etliche Herausforderungen unterschiedlicher Art erfolgreich gemeistert und tut dies auch weiterhin. Dieser Erfolg ist darauf zurückzuführen, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Beziehungen zueinander in allen Bereichen die Grundsätze der Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität anwenden. So ist es ihnen möglich, miteinander Lösungen zu finden und gemeinsame Entscheidungen zu treffen.

Nun steht in nur wenigen Monaten die Europawahl an, und es gilt, einige ernsthafte Probleme anzugehen, um zu verhindern, dass es zu schwerwiegenden Folgen kommt. Die Europäische Union ist zu einer Union von Staaten mit kollidierenden politischen Interessen geworden, wobei die Gründe hierfür vielfältig sind.

Zunächst einmal ist die wirtschaftliche Konvergenz der Länder gescheitert. Die Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme, die viele EU-Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem Eurobond hatten, wurden nicht gemeinsam angegangen. Hinsichtlich der Kreditaufnahme an den Finanzmärkten führte dies zu einer Spaltung zwischen den wirtschaftlich starken Ländern im Norden und den schwächeren Ländern im Süden. In der Folge erholt sich Nordeuropa auf der einen Seite wirtschaftlich, während Südeuropa auf der anderen Seite eine Schuldenkrise erlebt. Außerdem stimmen die nördlichen Länder den Stützungsplänen nicht zu, wohingegen die südlichen Länder keine Sparmaßnahmen akzeptieren und politisch reagieren werden.

Dies schränkt den Spielraum für das jährliche Haushaltsverfahren erheblich ein, aber andererseits werden alle Beteiligten, insbesondere die Endbegünstigten, Zugang zu den für die kommenden Jahre vorgesehenen Mitteln haben. Der EU-Haushalt ist nach wie vor in erster Linie ein kurz- und mittelfristiger Investitionshaushalt. Und obwohl immer wieder Stimmen laut werden, die eine grundlegende Reform der gesamten MFR-Struktur fordern, erweist es sich als schwierig, historisch gewachsene Gewohnheiten aufzugeben.

Als die Union im Vorfeld des derzeitigen MFR 2021-2027 mit dem Brexit und der COVID-19-Pandemie konfrontiert war, wurden innerhalb eines sehr begrenzten Zeitrahmens zusätzliche Initiativen auf den Weg gebracht. Dass dabei einige mentale Hürden überwunden und Tabus gebrochen wurden, ist allgemein bekannt.

Ein weiterer Grund für den politischen Zwiespalt ist die Art und Weise, wie die Migrationsfrage behandelt wird. Die Menschen in den südlichen Mitgliedstaaten, die zugleich auch das Einfallstor für illegale Migranten nach Europa sind, werden es nicht viel länger dulden, dass ihre Länder sich in dauerhafte Aufenthaltsorte für diese Migranten verwandeln, da dies bedeutet, dass die Austerität fortbesteht und eine Vielzahl anderer Probleme geschaffen wird. Es wäre nicht zu viel gesagt, wenn man behauptete, dass die Tragödie von Lampedusa ein weiterer Beweis dafür ist, dass die politische, wirtschaftliche und soziale Einigung Europas ein unerfüllter Traum bleiben wird.

Ähnliche Spaltungen werden sich auch aus der Erweiterung der EU ebenso wie aus dem Umgang mit der Energiekrise ergeben.

Viele sind der Ansicht, dass die Lösung der genannten Probleme in der Schaffung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten liegt, in dem die großen Länder rasche Fortschritte machen, während die „kleinen Länder“ weniger schnell voranschreiten werden.

Diese Ansicht ist nicht nur falsch, sondern auch eine tickende Bombe, die die Fundamente des Zusammenhalts in der EU zu sprengen droht, weil dadurch die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten festgeschrieben wird. Durch einen solchen Ansatz werden die kleineren Länder zu Marionetten der größeren und finanziell stärkeren Länder. Dies ist hingegen kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt, und kann vor allem von kleinen Ländern, denen daraus zahlreiche Probleme erwachsen, nicht akzeptiert werden.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, was passiert, wenn ein oder mehrere Länder sich weigern, eine Entscheidung der Mehrheit umzusetzen, weil wichtige nationale Interessen auf dem Spiel stehen und sich Auswirkungen auf den Alltag der Bürger ergeben. Werden diese Länder von der EU bestraft? Ist Bestrafung ein Zeichen von Solidarität? Wie wird die EU mit dem möglichen Fall des Austritts eines oder mehrerer Länder umgehen?

Alles in allem bin ich der Ansicht, dass ein Europa der zwei Geschwindigkeiten die Grundsätze der Solidarität und der Gleichheit sowie den Binnenmarkt untergräbt und den Zusammenhalt und die gesamte Existenz der EU gefährdet. Wenn wir dieses Konzept nicht aufgeben, öffnen wir lediglich die Büchse der Pandora.

---

## DAS EUROPA DER ZWEI GESCHWINDIGKEITEN

Unsere Vereinigung hat es sich zur Gewohnheit gemacht, jedem EU-Mitgliedstaat, der turnusmäßig den Vorsitz im Ministerrat der Europäischen Union übernimmt, einen Besuch abzustatten. Aus Gründen, die mit der COVID-Pandemie zusammenhängen, aber auch aus politischen Gründen (Zurückhaltungspflicht hoher Beamter aufgrund der Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 10. und 24. April 2022), hatten wir am 28. Februar und 1. März 2022 während der französischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 einen großartigen virtuellen Besuch.

Hätten wir es dabei belassen sollen? Ich spürte, dass sich die Vorstandsmitglieder insgeheim einen echten physischen Besuch in Frankreich wünschten. Aber wie sollte das gehen?

Dann kam Hilfe in Gestalt unserer Quästorin im Europäischen Parlament, die unsere Arbeit verfolgt, meiner Freundin Fabienne Keller, der ehemaligen Bürgermeisterin von Straßburg und ehemaligen Senatorin, die uns beruhigte und sagte: „Ja, es muss ein physischer Besuch in Frankreich stattfinden, und ich werde euch dabei helfen.“ Als Schatzmeister machte ich den einfachen Vorbehalt, dass es angesichts der angespannten Haushaltslage unserer Vereinigung nicht teurer werden durfte als bei der derzeitigen Vorgehensweise, und wir beschlossen, eine dezentrale Vorstandssitzung abzuhalten.

Von da an ging alles ganz schnell, und ein intellektueller, politischer, historischer, freundschaftlicher und gastronomischer Höhepunkt folgte auf den nächsten, insbesondere im Hôtel de la Questure der Nationalversammlung, wo wir dank Marie Guévenoux, Abgeordnete und Quästorin, empfangen wurden und wo uns ein köstliches Mittagessen unter dem Vorsitz von Fabienne Keller serviert wurde.

Wir waren beeindruckt von den Aktionen des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Paris mit seiner dynamischen Leiterin Isabelle Coustet, die uns einen Raum zur Verfügung stellte, in dem wir unsere Vorstandssitzung abhalten konnten.

Wir wurden an den prestigeträchtigsten Orten empfangen, an denen die französische Republik durch Leid und Erfolg errichtet wurde: die Nationalversammlung und der Senat, mit bemerkenswerten Gesprächen mit François Rapon, erst kürzlich wiedergewählter Senator und Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten im Senat, und Pieyre-Alexandre Anglade, ein junger und brillanter Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten in der Nationalversammlung, und, als Höhepunkt, mit dem hervorragenden Jean-Louis Boulanges, Abgeordneter, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Nationalversammlung und ehemaliger Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Wir hatten das Glück, mit dem höchsten Beamten für europäische Angelegenheiten zu sprechen, der direkt der Premierministerin unterstellt ist, Emmanuel Puisais-Jauvin, Generalsekretär für europäische Angelegenheiten.

Danach ging es zu den Wurzeln der Europäischen Union an den Ort, an dem Jean Monnet (1888-1979, hoher französischer Beamter, der die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 anregte und die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich einleitete) in Bazoches-sur-Guyonne (Département Yvelines) gelebt hat.

---

Eine öffentliche Veranstaltung mit dem Thema „Kurs auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024“ wurde unter der Moderation von Martí Grau Segú, Abteilungsleiter und Konservator des Maison Jean Monnet, mit folgenden Teilnehmern organisiert: das Maison de l'Europe in Paris, das Robert-Schuman-Zentrum, das Jacques-Delors-Institut, die Universität Versailles Saint Quentin und eine Abschlussklasse eines Gymnasiums in der Ile-de-France (Erstwähler).

Wir führten auch eine spannende Diskussion mit Fabrizia Lapecorella, der stellvertretenden Generalsekretärin der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Zum Abschluss dieses Textes möchte ich unserem Vorsitzenden, Klaus Hänsch, MdEP a. D., Präsident des Europäischen Parlaments a. D., DANKE sagen, dass er die große Delegation von 30 Mitgliedern mit Kompetenz, Freundlichkeit und Geduld geführt und geleitet hat.

Danke an alle Mitglieder, dass sie mit so viel Enthusiasmus teilgenommen haben.

Danke an unser Sekretariat und insbesondere an Elisabetta Fonck, Generalsekretärin, und Valerie Raskin, zuständig für Veranstaltungen, die diesen Besuch in Frankreich mit der Unterstützung von Pilar Ramos mit so viel Kompetenz, Hingabe und Eleganz organisiert und begleitet haben.

Diese Tage in Frankreich waren wunderbar und großartig. Es tut so gut, über Europa, die Union und den Frieden zu sprechen.

Jean Monnet sagte: „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts ist dauerhaft ohne Institutionen“, und auch: „Es gibt für die Völker Europas keine andere Zukunft als in der Union“.

Mit diesen weisen Worten im Kopf und der festen Überzeugung, dass wir unsere Erfahrung in den Dienst der Zukunft stellen, kehrten wir in unsere Wahlkreise zurück.

**Jean-Pierre Audy**  
Schatzmeister der VEM



---

## FACHEXKURSION DES VEM NACH FRANKREICH (27.-29. SEPTEMBER 2023)

Unser Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments organisierte vom 28. bis 29. September eine äußerst erfolgreiche Studienreise nach Paris, welche uns die Gelegenheit bot, uns mit hochrangigen französischen Amtsträgern zu verschiedenen Themen der europäischen Agenda auszutauschen und erneut bestätigte, dass die Erfahrung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments auch weiterhin einen unersetzlichen und wertvollen Beitrag zum europäischen Projekt darstellt.

Der zweitägige Besuch begann mit einer geführten Tour durch das prächtige Palais du Luxembourg, dem Sitz des Senats seit 1879, gefolgt von einer aufschlussreichen Diskussion mit Herrn Jean-Francois Rapin, dem Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des Senats.

Der Delegation wurde von Frau Fabienne Keller, der für unseren Verein zuständigen Quästorin des Europäischen Parlaments, freundlicherweise ein Mittagessen angeboten. Dank der Ersten Quästorin der Nationalversammlung, Frau Marie Guévenoux, wurden wir im Hôtel de la Questure de l'Assemblée Nationale empfangen. Fr. Keller hieß uns ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments herzlich willkommen und bekräftigte erneut die Bedeutung der Förderung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der europäischen Demokratie durch unsere Leidenschaft, Überzeugung und unseren Enthusiasmus.

Im Anschluss hatten wir aufeinanderfolgende Treffen mit Herrn Pieyre-Alexandre Anglade, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung, und Herrn Emmanuel Puisais-Jauvin, Generalsekretär für europäische Angelegenheiten des Ministerrates. Schließlich trafen wir uns mit Herrn Jean-Luis Bourlanges, der vielen von uns bekannt ist, da er fast 20 Jahre lang (1989–2007) als Mitglied des Europäischen Parlaments tätig war und aktuell den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung leitet.

Bei unseren Besprechungen führten wir tiefgreifende Diskussionen zu kritischen Themen auf der europäischen Agenda, wie etwa geopolitische Spannungen, Einwanderung, die Erweiterung, institutionelle Reformen, den Klimawandel, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Auswirkungen, die diese auf die EU haben. Wir teilten die Ansicht, dass der Abschluss der ausstehenden Gesetzgebungsverfahren vor der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament Priorität haben sollte, und betonten erneut unser beiderseitiges Engagement für die weitere Stärkung der demokratischen Legitimierung des Entscheidungsprozesses, unter anderem durch einen stärkeren Einbezug der europäischen und nationalen Parlamentarier. „Ich habe nie erlebt, dass das nationale Mandat mit demjenigen des Europäischen Parlaments in Wettbewerb stand“, erklärte Hr. Bourlanges.

---

Am Abend des 28. wurden wir herzlich im Jean-Monnet-Haus willkommen geheißen, das in einem prächtigen ländlichen Gebiet in der Region Yvelines liegt und wo Jean Monnet, einer der Gründer Europas, von 1945 bis zu seinem Tod 1979 lebte und arbeitete. Es war äußerst aufregend und berührend, die Möglichkeit zur Teilnahme an einer geführten Besichtigung dieses Hauses zu haben, das Schauplatz jahrzehntelanger Anstrengungen zur Vereinigung der Europäer war, aus denen schließlich die Idee zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hervorging. Während unseres Arbeitsabendessens hießen wir Frau Fabrizia Lapecorella, stellvertretende Generalsekretärin der OECD, willkommen, die uns eine detaillierte und erhellende Analyse der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Steuerpolitik und der Steuergerechtigkeit präsentierte, sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene.

Der zweitägige Besuch hätte nicht besser enden können als mit der öffentlichen Veranstaltung mit dem Titel „Auf dem Weg zur Europawahl 2024“, die im Konferenzsaal des Jean-Monnet-Hauses stattfand. Die Veranstaltung wurde gemeinsam durch das Jean-Monnet-Haus und unseren Verein organisiert. Bei dieser Gelegenheit tauschten Studierende der Universität Versailles – Saint-Quentin, einer Pariser Hochschule (Erstwähler), und ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments ihre Ansichten hinsichtlich des Werts des europäischen Integrationsprojekts sowie des Nutzens der Teilnahme an diesem Prozess durch die Beteiligung (unter anderem) an den Wahlen aus.

Was sind die zentralen Herausforderungen, vor denen Europa heute steht? Was muss noch getan werden, um unsere Grundsätze und Werte besser zu verteidigen? Welche institutionellen Reformen müssen in Betracht gezogen werden, um sich besser auf eine zukünftige Erweiterung vorzubereiten? Dies sind nur einige der Themen, die wir im Rahmen dieser äußerst interessanten und interaktiven Debatte ansprachen, aus der wir, die ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, optimistischer und mit deutlich mehr Vertrauen in die jüngere Generation der Europäer hervorgingen.

**Anni Podimata**

---

## AUSTAUSCH ÜBER DIE WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT IM JEAN-MONNET-HAUS

Vom 27. bis 29. September unternahm der Verein der ehemaligen Mitglieder eine Fachexkursion nach Frankreich. Das Programm umfasste eine Vielzahl von Aktivitäten: eine Sitzung des Rates des VEM, zahlreiche Gespräche im französischen Senat und in der französischen Nationalversammlung und... einen Besuch im Jean-Monnet-Haus. Es war nicht das erste Mal, dass im Jean-Monnet-Haus gemeinsam mit dem VEM eine Veranstaltung ausgerichtet und organisiert wurde: im Februar 2022 fand die geplante Fachexkursion letztendlich in einem Online-Format statt. Dank der wertvollen Hilfe der Dienststellen der DG LINC, die eine Fernverdolmetschung ermöglichten, hatten wir damals die Gelegenheit, eine Debatte zwischen jungen Menschen von Hochschulen, Mitgliedern pro-europäischer Organisationen und ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu organisieren.

Nun war es an der Zeit, diese Erfahrung zu wiederholen, diesmal jedoch persönlich, um das Thema der bevorstehenden Wahl 2024 zu diskutieren!

Diese lebhafte Debatte fand am Vormittag des 29. September statt. Zuvor erwarteten den VEM jedoch weitere Aktivitäten im Jean-Monnet-Haus. Am Abend des 28. September fand dort ein Abendessen des VEM mit einem besonderen Gast statt, der von Präsident Klaus Hänsch vorgestellt wurde: Fabrizia Lapecorella, stellvertretende Generalsekretärin der OECD. Die Anwesenheit von Frau Lapecorella an diesem Ort hatte eine besondere Symbolik: Jean Monnet, der Initiator der ersten Europäischen Gemeinschaft, spielte auch eine führende Rolle bei der Entstehung der OECD, und sein enger Mitarbeiter Robert Marjolin wurde ihr erster Generalsekretär.

Monnet inspirierte zu einem großen Teil, wie die europäische multilaterale Bühne nach dem Zweiten Weltkrieg aussehen sollte. Das Thema des Vortrags von Frau Lapecorella war unter dem Gesichtspunkt der künftigen Fortschritte des Multilateralismus durchaus passend: „Vorantreiben von Verbesserungen im internationalen Steuerwesen: Jüngste Meilensteine und künftige Wege“. Nach der Ansprache hatten die ehemaligen Mitglieder die Gelegenheit, Fragen zu stellen und es folgte eine Diskussion.

Der Vormittag des 29. September begann mit einer Präsentation über die wesentlichen Merkmale des Jean-Monnet-Hauses als europäische Gedenkstätte und über die wichtigsten Dienstleistungen, die es heute bietet: als historisches Haus, das der Öffentlichkeit zugänglich ist, als Sitz der Jean-Monnet-Akademie (Schulungen für Beamte des EP), als Ort für wissenschaftliche Veranstaltungen und Networking-Veranstaltungen sowie als Ausflugsziel für Schulgruppen. Die ehemaligen Mitglieder nahmen an einer Führung teil, bei der sie sich mit den Ausstellungsstücken des Museums vertraut machen konnten.

Im Laufe des Vormittags wurde das Jean-Monnet-Haus zu einem Haus voller Menschen, insbesondere von Studierenden, Akademikern und Vertretern pro-europäischer Organisationen, die im Rahmen einer Veranstaltung mit dem Titel „Cap vers les élections européennes de 2024“ mit den ehemaligen Mitgliedern über die bevorstehende Wahl diskutierten. Zu den teilnehmenden Gruppen und Einrichtungen gehörten das Maison de l'Europe de Paris, die Queen-Mary-Universität in Paris und die Université de Versailles – Saint-Quentin-en-Yvelines. Debora Righetti, die für die Koordinierung der Veranstaltungen im Jean-Monnet-Haus zuständig ist, erläuterte, wie die Generaldirektion Kommunikation die Informationskampagne für die Wahl 2024 vorbereitet hat – die Zehnte ihrer Art! Wie die

---

ehemaligen Mitglieder bereits früher am Tag hatten auch die Teilnehmer Gelegenheit, bei ihrem Eintreten die Ausstellungstafeln anzuschauen, die das Jean-Monnet-Haus entworfen hatte, um die Besucher im Vorfeld der Wahl über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments und seine zentrale Rolle in der europäischen Politik zu informieren.

## Marti Grau Segu

Viele der Fragen betrafen die Bekämpfung von Falschmeldungen, den Schutz demokratischer Grundsätze oder sogar die Frage, ob die EU heute bereits das von Jean Monnet erwartete Maß an Einheit erreicht hat.

Als die Zeit vorbei war, waren viele Fragen noch offen. Glücklicherweise konnten die ehemaligen Mitglieder und die jungen Menschen ihre Diskussion bei einem sehr dynamischen Arbeitssessen fortsetzen!

## SITZUNG DES VORSTANDS DER FP-AP IN LUGANO (SCHWEIZ)

Vom 21. bis 23. September 2023 fand in der Schweiz im Saal des Kommunalrats im Palazzo Civico von Lugano die Sitzung des Vorstands der Europäischen Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) statt, in der unser Verein zwei Vertreter hat. In der Sitzung erörterten wir unter dem Vorsitz von Walter Schwimmer, ehemaliger Generalsekretär des Europarats (1999-2004) und amtierender Vorsitzender der FP-AP, nach der Erledigung der obligatorischen Verfahrensfragen vor allem die Änderungsanträge zu dem Dokument mit dem Titel „Auswirkungen des Klimawandels auf die Migration und Sozialpolitik – die Rolle der parlamentarischen Diplomatie“ (Erklärung von Lugano), dem der Bericht von Valerio Calzolaio, ehemaliges Mitglied der italienischen Abgeordnetenversammlung, zugrunde liegt. Das am heftigsten debattierte Thema war dabei der Vorschlag, die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen zu unterstützen. Nach einer regen und interessanten Aussprache wurde vereinbart, diese Frage in dem Dokument nicht zu behandeln und ein spezielles Kolloquium zu organisieren, auf dem dieses Thema erörtert werden soll. Mit dieser Einigung wurde die Erklärung von Lugano einstimmig angenommen.

Ferner wurde vereinbart, dass die Sitzung im Frühjahr 2024 anlässlich des 75. Jahrestags der Gründung des Europarats in Graz (Österreich) stattfinden wird, wo sich das Europäische Fremdsprachenzentrum (EFSZ) des Europarats befindet, und das Herbsttreffen dann in der Bretagne stattfinden soll.

Nach einer kurzen Pause hat sich die außerordentliche Generalversammlung konstituiert, auf der die Reform der Satzung und der Geschäftsordnung der Vereinigung gebilligt wurde, an der man lange Zeit gearbeitet hatte

Außerdem wurde die Erklärung von Lugano ratifiziert, und es wurde vereinbart, sie in alle Amtssprachen des Europarats zu übersetzen, damit sie in allen Mitgliedstaaten verbreitet werden kann.

Den Abschluss des ersten Tages bildete ein interessanter Vortrag von Jean Guinard, dem ehemaligen Vorsitzenden der gastgebenden Vereinigung, mit dem Titel „Direkte Demokratie und Föderalismus in der Schweiz“, in dem es vor allem um die besondere politische Gliederung und Funktionsweise der schweizerischen Institutionen ging. Im Anschluss daran fand ein gemeinsames Abendessen statt, bei dem der Meinungsaustausch über aktuelle europäische politische Themen fortgesetzt wurde.

Am nächsten Morgen fand nach einer Begrüßung durch den Bürgermeister von Lugano, der über wichtige Aspekte der Stadt sprach, ein Kolloquium über die „Auswirkungen des Klimawandels auf die Migrationspolitik“ statt. Bei der Gelegenheit stellte Valerio Calzolaio seinen Bericht vor. Alle Delegationen, die an der Versammlung teilnahmen, äußerten sich anschließend sehr positiv über den Inhalt des Dokuments.

Was den zweiten Arbeitstag betrifft, so ist der anregende Vortrag von Botschafter Walter Fust, ehemaliger Generaldirektor für Entwicklungszusammenarbeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft und früherer Sonderberater des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, hervorzuheben. In der anschließenden Aussprache wurden Themen von größtem geopolitischem Interesse für Europa erörtert, der Krieg in der Ukraine und die Rolle Russlands, der Türkei, Chinas und der USA auf der internationalen Bühne, der Konflikt um Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie die Migration, die EU-Erweiterung und viele andere Fragen, die Europa unmittelbar betreffen.

---

Anschließend gab es ein Abschlussessen auf Einladung des Stadtrats von Lugano in der Villa Ciani. Die Villa Ciani ist ein eleganter Palast aus dem 17. Jahrhundert im Stadtpark von Lugano, in der während der Ära des Risorgimento viele italienische Exilanten Zuflucht fanden. Im Jahr 1912 kaufte die Stadt Lugano dann die Villa von den Erben der Familie Ciani, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Seit 1915 beherbergt das Gebäude das Historische Museum und das Museum der schönen Künste. Heutzutage ist die Villa Ciani ein einzigartiges städtisches Kulturerbe, ein Zeugnis der Kunstgeschichte des Kantons Tessin und Teil des Gebäudekomplexes, der vom Kongresszentrum von Lugano für Ausstellungen genutzt wird.

**Teresa Riera Madurell**  
Sekretärin des VEM

Am nächsten Morgen verwöhnten uns unsere Gastgeber mit einem Ausflug zum Gipfel des San Salvatore, der mit einer Standseilbahn erreichbar ist und von dem aus man eine unglaubliche Aussicht auf den Luganersee (auch Ceresio genannt) und die umliegenden schneebedeckten Berge und Gletscher hat. Wir beendeten unseren Aufenthalt mit einer Bootsfahrt über den See, der sich zwischen dem Kanton Tessin in der Schweiz und den Provinzen Varese und Como in Italien erstreckt.

Ein herzlicher Dank gebührt den Kollegen der schweizerischen Delegation für die Ausrichtung dieser anregenden Sitzung und für ihre Gastfreundschaft.



# BESUCH DES VEREINS DER EHEMALIGEN MITGLIEDER IN MADRID

---

Anlässlich des spanischen EU-Ratsvorsitzes besuchte eine Gruppe ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments unter der Leitung des Vorsitzenden des Vereins Klaus Hänsch am 19. Oktober 2023 Madrid, und es war mir eine große Freude, sie am Vormittag begleiten zu dürfen.

Madrid zeichnet sich zwar durch ein trockenes Klima mit langen Perioden ohne Regenfälle aus, aber just an diesem Tag wurden unsere Freunde von einem Regenguss mit 100 Litern Wasser pro Quadratmeter in der spanischen Hauptstadt empfangen, was dort seit 70 Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Der von vielen herbeigesehnte Regen trübte zwar ein wenig das Besuchsprogramm im Freien, aber das tat der Geselligkeit und der Freude an der Begegnung keinen Abbruch.

Zunächst besuchten wir den Palast des Senats, des Oberhauses des spanischen Parlaments, wo wir vom Senatspräsidenten Pedro Rollán empfangen wurden, der die Aufgaben und die Tätigkeit erläuterte, die dem Senat durch die spanische Verfassung übertragen wurden, und er beantwortete anschließend die zahlreichen Fragen der Besuchergruppe.

Der Senatspalast ist ein Gebäude aus dem 16. Jahrhundert und war ursprünglich das im Jahr 1581 gegründete Colegio y Convento de la Encarnación („Kolleg und Konvent der Menschwerdung“). Das Kolleg war im 16. und 17. Jahrhundert eine der bemerkenswertesten Kultureinrichtungen von Madrid und seit

den Parlamentswahlen von 1979 beherbergt es die Kammer des Senats, die zusammen mit dem Abgeordnetenhaus gemäß Artikel 69 der geltenden Verfassung die Cortes Generales, das spanische Parlament, bildet.

Der Höhepunkt der architektonischen Führung war die prächtige neogotische Bibliothek, die in ihrem Stil einzigartig ist. Sie wurde von dem Architekten Emilio Rodríguez Ayuso von 1882 bis 1883 entworfen und weist die Besonderheit auf, dass die Regale vollständig aus Stahl bestehen, um Brände zu verhindern.

Der zweite Besuchspunkt an dem Vormittag war die sogenannte „Casa de la Villa“, wo wir von Don Borja Fanjul, dem Präsidenten des Stadtrats von Madrid, empfangen und herumgeführt wurden.

Die „Casa de la Villa“, die 1644 unter Philipp IV. von Spanien erbaut wurde, diente seit ihrer Einweihung im Jahr 1693 bis 2007 als Sitz des Stadtrats von Madrid, der inzwischen in den Palacio de Cibeles („Palast der Kybele“) umgezogen ist. In dem Gebäude befindet sich seitdem das Generalsekretariat des Stadtrats, und seine Nutzung ist auf offizielle Veranstaltungen und institutionelle Empfänge beschränkt. Darüber hinaus beherbergt das Gebäude eine Galerie mit den Porträts der Bürgermeister von Madrid und zahlreichen Kunstwerken wie den großartigen Deckengemälden von Antonio Palomino im Plenarsaal, die der Maler von 1692 bis 1696 geschaffen hat. Wir konnten dort außerdem die spektakuläre Galerie der Wandteppiche bewundern.

Kurzum handelte es sich um einen unvergesslichen Besuch, bei dem wir ehemalige Kollegen wiedergesehen haben und Madrid mit seiner langen Geschichte und seinen architektonischen Reizen genießen konnten.

**Pilar Ayuso**

---

## **EIN SPANNENDER BESUCH IN SPANIEN IN ZEITEN POLITISCHER TURBULENZEN IN EUROPA UND WELTWEIT!**

Dank der überragenden Bekanntheit des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments wurde unser Präsident Klaus Hänsch zu einem Treffen mit spanischen politischen Entscheidungsträgern auf hoher Ebene während des spanischen Semesters eingeladen.

Unser Besuch begann am Donnerstag, den 19. Oktober, vormittags mit einem Treffen im Senat, der in einem mehrere Jahrhunderte alten Gebäude zwei Schritte vom Königspalast entfernt untergebracht ist. Das Gebäude beherbergte im 15. und 16. Jahrhundert ein Kloster und wurde dann 1837, als sich Spanien ein Zweikammersystem gab, zum Senatspalast. Der Präsident des Senats Pedro Rollán Ojeda (PP) begrüßte uns herzlich und berichtete über die politische Lage in Spanien sowie über die laufenden Verhandlungen über die Bildung einer Regierung nach der letzten Parlamentswahl. Während er unsere zahlreichen Fragen eingehend und aussagekräftig beantwortete, stießen unsere Kollegen Íñigo Méndez de Vigo und José Ignacio Salafranca zu uns, die wir uns freuten wiederzusehen. Wir hatten auch die Gelegenheit, im Senat eine der größten Bibliotheken Spaniens mit mehr als 125 000 historischen Bänden, einschließlich der Verfassung von 1931 sowie der ersten Ausgabe der „Encyclopédie Raisonnée des Sciences, Arts et des Métiers“, zu besichtigen.

Dem Tornado trotzend erreichten wir die historischen Gemäuer des Madrider Rathauses, wo uns Francisco de Borja Fanjul Fernández-Pita (PP), seit Juni 2023 Präsident des Madrider Stadtrats, empfing. Nach einer Fragestunde zu den Kompetenzen dieses Ballungsraums mit seinen fast 6 Millionen Einwohnern besichtigten wir die prächtigen Säle des Gebäudes und bewunderten die Schatzkammern Madrids (mit ihren Gemälden, Teppichen aus dem 15. und 16. Jahrhundert, Pergamenten und wertvollen Objekten aus dem Besitz des spanischen Königshauses).

In der zweiten Tageshälfte änderten sich die Kulisse und die Architektur deutlich: María Lledó Laredo, Generalsekretärin der Europäischen Union im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit, empfing uns in ultramodernen Räumlichkeiten an der Plaza del Marqués de Salamanca. Sie gestaltete unser Treffen als offenen und dynamischen mehrsprachigen Dialog über die Prioritäten des Ratsvorsitzes sowohl im Bereich der Sicherheit als auch der gemeinsamen europäischen Strategien. Dank wunderbarer „europäischer“ Regenschirme, die wir von der Generalsekretärin erhielten, erreichten wir trotz des Unwetters unbeschadet das sehr schöne Gebäude „Palais du Cortès“, den Sitz des spanischen Abgeordnetenhauses, um uns dort mit seiner Präsidentin Francina Armengol (PSOE), die erst im August 2023 ihr Amt angetreten hat, zu treffen.

Im historischen Plenarsaal, in dem am 23. Februar 1981 der berühmte missglückte Staatsstreich der Anhänger Francos stattgefunden hatte, unterhielten wir uns angenehm mit Francina Armengol und sie erläuterte uns dabei die Bedingungen für die Verwirklichung der Koalition und für den Fall, dass keine Einigung erzielt würde, für die Abhaltung einer neuen Parlamentswahl.

---

Bevor wir uns mit unseren ehemaligen Kollegen Enrique Barón Crespo (PSOE), Luis Planas Puchades (PSOE) und Cristina Gallach Figueras für ein Abendessen unter Freunden trafen, hatten wir noch die Gelegenheit für einen Besuch im Museum Centro de Arte Reina Sofía, wo wir unter anderem Werke von Picasso, darunter Guernica, sowie von Dalí, Picabia, Gris und Miro bewunderten.

**Nathalie Griesbeck**

Am Freitag, 20. Oktober, dem letzten Tag unserer Reise, leitete unsere Kollegin Monica Baldi, Vizepräsidentin der Vereinigung, unser Treffen in der Cortès de Castilla-La Mancha in Toledo. Nach einer sehr interessanten Besichtigung dieser prächtigen Stadt, in der Juden, Muslime und Christen seit Jahrhunderten zusammenleben, hatten wir die Ehre, von Pablo Bellido (PSOE), dem Präsidenten der Cortès de Castilla-La Mancha, sowie von dem Vizepräsidenten der Regierung José Manuel Caballero Serrano empfangen zu werden. Dieses Treffen wurde auf sehr sympathische Weise mit einem Kennenlernen der kulinarischen Traditionen und der Erzeugnisse des regionalen Weinbaus dieser schönen Gegend beschlossen.

Zum Abschluss meines Berichts möchte ich Elisabetta und Pilar noch herzlichen Dank für die hervorragende Organisation und Logistik während der Reise sowie für ihre Vorbereitung aussprechen.

---

## EUROPÄISCHE DELEGATION BESUCHT MADRID

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 18., 19. und 20. Oktober hatte ich die Ehre, anlässlich der spanischen EU-Ratspräsidentschaft zusammen mit einer Delegation der Mitglieder des Vereins ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments unter der Leitung des Vorsitzenden Klaus Hänsch an einem Besuch der Stadt Madrid teilzunehmen. Trotz des Unwetters mit Sturm und Regen, das Madrid heimgesucht hatte, war die Beteiligung sehr groß und vielfältig. Ich möchte den Organisatoren der Veranstaltung danken, die meiner Meinung nach trotz des Wetters und der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, perfekt funktioniert hat.

Zunächst nahmen wir an einer Führung durch den historischen und kulturellen Stadtkern Madrids teil, dann besuchten wir das PRADO-MUSEUM, wo wir die großartigen Werke spanischer Maler wie Velázquez, Goya und anderer bewundern konnten.

Der nächste Tag begann im SENAT, der Kammer, die die territoriale Vertretung innehat und für die zweite Lesung zuständig ist, wo wir von seinem Präsidenten Pedro Rollán empfangen wurden. Danach ging es weiter zur Plaza de la Villa/Rathaus von Madrid, später zum spanischen Außenministerium, wo wir von hochrangigen Vertretern des Ministeriums und seiner Generalsekretärin für die Beziehungen zu Europa, María Dolores Lledó, empfangen wurden, die uns die wichtigsten Ziele, die während der spanischen Präsidentschaft angestrebt werden, erläuterte. Dazu gehören:

- Reindustrialisierung sowie Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der europäischen Wirtschaft und Autonomie,
- Übergang zu einer grünen Wirtschaft, Fortschritte bei der Abmilderung der negativen Auswirkungen des Klimawandels und auf dem Energie- und Strommarkt, um faire Preise zu erzielen und gleichzeitig die Dekarbonisierung voranzutreiben.

Wir sprachen auch über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik unter Achtung der Menschenrechte und gleichzeitiger Arbeit in den Herkunftsländern. Außerdem ging es um die Durchführung von sozialen und gesundheitsbezogenen Maßnahmen und anderen, die sich vor allem an Kinder richten.

Weitere vorrangige Ziele der EU bestehen darin, Fortschritte bei der Festlegung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie sowie bei der Schaffung eines europäischen Rechtsraums zu erzielen, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und ihren Beitritt in die EU voranzutreiben.

Nach dem Treffen gingen wir zum Abgeordnetenhaus, wo wir von der Präsidentin Francina Armengol empfangen wurden, die alle Fragen zur spanischen Innenpolitik, die an sie gerichtet wurden, höflich beantwortete.

Der Besuch endete schließlich in der wunderschönen, historischen Stadt Toledo, wo wir nach einer kulturellen Führung im Parlament der Autonomen Gemeinschaft Kastilien-La Mancha von ihrem Präsidenten empfangen wurden.

Für mich als Mitglied des Vereins ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments war dieser Besuch sehr positiv und interessant, nicht nur, um Aspekte im Zusammenhang mit der europäischen Agenda des spanischen Ratsvorsitzes kennenzulernen und unsere Ansichten darüber zu äußern, sondern auch wegen des dramatischen Augenblicks, den wir in Europa im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine erleben, einem Krieg, der uns nicht nur menschlich, sondern vor allem wirtschaftlich betrifft und in dem wir uns weiterhin für das ukrainische Volk einsetzen müssen, sondern auch wegen der schrecklichen Angriffe der Terrorgruppe Hamas in Israel und deren Folgen, der Notwehr Israels, die zwar legitim ist, aber meiner Meinung nach auf inhumane Art und Weise das Leben der Zivilbevölkerung im Gazastreifen aufs Spiel setzt, und wo die Europäische Union handeln muss, indem sie die Kanäle für den Dialog, die Waffenruhe und die Ausweitung humanitärer Korridore stärkt und Fortschritte bei der Einhaltung der UN-Resolutionen erzielt.

Die Erfahrung als Mitglied des Europäischen Parlaments und die Beiträge meiner Kolleginnen und Kollegen zu den Debatten haben es mir ermöglicht, mehr über die enormen Herausforderungen zu erfahren, vor denen wir als EU stehen, und dafür bin ich dankbar.

---

## TAGEBUCH ÜBER EINEN BESUCH IN MADRID

Dieser Besuch von Mitgliedern des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments war herausfordernd. Der Himmel öffnete seine Schleusen. Es regnete in Strömen, wirklich in Strömen, einen ganzen Tag lang.

Vor allem sollte es deshalb ein herausfordernder Besuch werden, weil die Hamas in der Woche davor in Israel eingefallen war und wir über die Auswirkungen sprachen.

Unsere ersten Treffen fanden mit dem Präsidenten des spanischen Senats, Herrn Pedro Rollán Ojeda, und seinen Kolleginnen und Kollegen sowie der Präsidentin des spanischen Abgeordnetenhauses, Francina Armengol, statt.

Wir sprachen über die weiteren Ereignisse in Gaza. Eine Reihe von Mitgliedern, darunter auch ich selbst, sprachen sich für mehr humanitäre Hilfe aus (die Kontroverse über die Notwendigkeit einer Waffenruhe war erst im Entstehen). Der Präsident des Senats teilte mit, dass es darüber in Spanien unterschiedliche Ansichten unter den Politikern gebe. Ich meinte daraufhin, dass dies wohl auf die meisten Politiker im Großteil der Länder zutreffe.

Unter den Besuchsteilnehmern herrschte jedoch Einigkeit darüber, dass der Angriff auf Israel zu verurteilen und das Selbstverteidigungsrecht Israels unbestritten sei. Ebenso unstrittig war jedoch auch die Zustimmung zu humanitärer Hilfe und der unveränderte Standpunkt bezüglich der Notwendigkeit einer Zweistaatenlösung und eines Rückzugs aus den besetzten Gebieten.

Später, nach einer Diskussion mit Mitgliedern des Stadtrats von Madrid, folgte ein Treffen mit María Dolores Lledó Laredo. Sie ist die Generalsekretärin für die Europäische Union im spanischen Außenministerium. Sie kümmert sich um die Aufgaben Spaniens im Zusammenhang mit dem Vorsitz im Ministerrat. Ihr Englisch ist besser, als das der meisten Engländer, da sie Sängerin ist und mit großer Begeisterung Sprachen lernt.

Sie sprach in erster Linie über die Fortschritte in Bezug auf EU-Angelegenheiten, z. B. was Handelsverhandlungen, den Klimawandel usw. betrifft. Wir sprachen nicht viel über Israel oder die Hamas.

Jedoch konnte ich nach der Sitzung mit ihr sprechen. Ich fragte sie, mit welchen Problemen sie weiterhin im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU konfrontiert gewesen sei. Sie meinte, dass die Beziehungen im letzten Jahr sehr viel besser gewesen seien und die Briten sehr positiv gesinnt und hilfsbereit gewesen seien.

Wir sprachen über das Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft, das vor kurzem von der spanischen Regierung in Granada veranstaltet worden war und an dem neben dem Vereinigten Königreich auch 17 Nicht-EU-Staaten aus Europa teilgenommen hatten.

Der eher informelle Ablauf des Treffens hatte dazu geführt, dass in einigen Angelegenheiten, bei denen es im Rahmen der EU-Verfahren kein Vorankommen gibt, Fortschritte erzielt wurden. Das Vereinigte Königreich wird beim nächsten Treffen den Vorsitz führen.



Wir hatten dann ein Abendessen mit dem spanischen Landwirtschaftsminister, Herrn Luis Planas Puchades (ich erkundigte mich in Bezug auf hohe Lebensmittelpreise). Am nächsten Tag führte uns unser letzter Besuch nach Toledo. Das bringt mich in gewisser Weise wieder zurück zum Thema Israel/Hamas.

In Toledo befindet sich der Sitz der Regierung und des Parlaments der autonomen Gemeinschaft Kastilien-La Mancha, der Heimat des Mannes von La Mancha, Don Quijote. Bekannt ist sie jedoch als Stadt der drei Kulturen wegen der Einflüsse der Christen, Muslime und Juden. Es gab Zeiten, in denen Juden, Christen und Muslime in Harmonie in Toledo lebten. In der Tat besuchten wird die Kathedrale der Heiligen Maria von Toledo, die Synagoge von El Tránsito und die Moschee von las Tornerias.

Wir hatten ein informelles Treffen mit dem Präsidenten der „Cortes de Castilla-La-Mancha“, Herrn Pablo Bellido, und seinen Kolleginnen und Kollegen, und verkosteten auch den herrlichen lokalen Wein. Danach ging es zurück nach Madrid zum Flughafen und nach London-Gatwick, wo ich feststellte, dass es in England genauso stark regnete wie in Spanien und es keinen Zug mehr gab, um in der Nacht nach Hause zu kommen.

# VORTEILE DER EUROPÄISCHEN UNION



© Adobe Stock

Stellen Sie sich die nachhaltigste Batterie der Welt vor, die sich nicht nur durch eine ethisch einwandfreie Herkunft auszeichnet, sondern deren Bestandteile auch zu 100 Prozent wiederverwertbar sind, oder eine Maschine, die CO<sub>2</sub>-Emissionen direkt aus der Luft abscheidet, oder ein virtuelles Pflegesystem, das dazu beiträgt, Sie von Ihren chronischen Schmerzen zu befreien. All diese Innovationen stammen von europäischen „Einhörnern“ – Unternehmen in Privatbesitz, die über 1 Milliarde USD wert sind –, und die allesamt auf einer kühnen Idee beruhen, die mit Hilfe des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) zu globalen Erfolgsgeschichten wurden.

Das EIT ist Europas größtes und sachkundigstes Innovationsnetzwerk mit tausenden Partnern, darunter Forschungsinstitute, Hochschulen und private Unternehmen, die sich dem Finden neuer Lösungen für einige der drängendsten globalen Herausforderungen widmen.

Indem wir Partner aus ganz Europa in 50 Innovationszentren zusammenbringen, fördern wir Innovation in acht strategischen Bereichen, von Gesundheit und Energie über Lebensmittel und Produktion, über den digitalen Wandel, die urbane Mobilität, den Klimawandel und Rohstoffe bis zum Kulturerbe. Bis heute hat die EIT-Gemeinschaft mehr als 7 500 Start-ups und Scale-ups unterstützt, die in der Folge 7,3 Milliarden EUR aufgebracht und mehr als 17 400 Arbeitsplätze geschaffen haben. Wir haben mehr als 2 110 neue Produkte auf den Markt gebracht und fast 6 000 Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit Masterabschluss oder Doktorat unternehmerische Kompetenzen vermittelt. Tausende weitere Hochschulabsolventinnen und -absolventen sind in unseren Schulungsprogrammen eingeschrieben.

Was steht hinter unserem Erfolg? Wir nutzen die Vielfalt eines europaweiten Netzwerks für drei Arten von Unterstützung: Vermittlung unternehmerischen Denkens, innovationsgestützte forschungsintensive Produkte und Dienstleistungen zur Beschleunigung von Geschäftsprozessen. Unser Ausbildungsportfolio umfasst Schulungsprogramme, Abschlüsse und Kurse, die aus innovations- und technologieaffinen Studierenden routinierte und erfolgreiche Unternehmer machen. Unsere Innovationsprogramme bringen Forscherinnen und Forscher mit Technik-Expertinnen und -Experten aus ganz Europa zusammen, die sie bei der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen unterstützen. Unseren Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gründung eines Unternehmens und der Beschleunigung von Geschäftsprozessen sind darauf ausgerichtet, großartige Ideen aufzugreifen und kaufmännisch zu verwerten und Unternehmen so voranzubringen. Unsere drei Unterstützungsbereiche stehen für das EIT-Modell. Dabei handelt es sich um ein bewährtes und erfolgreiches Innovationsmodell, das Innovatorinnen und Innovatoren Hilfestellung bietet, egal, an welchem Punkt ihres Weges sie sich auch immer befinden.

Ob man nun gerade mit der Verwertung einer neuen Idee beginnen will, oder bereits ein Unternehmen hat und die Geschäftstätigkeit ausbauen will – das EIT kann helfen. Wir ergänzen darüber hinaus die vielen Bemühungen auf nationaler Ebene, indem wir lokale und regionale Systeme in unser globales Netzwerk einbinden, damit die besten Ideen gedeihen und sich verbreiten und das Leben der Europäerinnen und Europäer verbessern können.

---

Auch die Funktionsweise des EIT ist einzigartig. Als erste EU-Initiative im Bereich Forschung und Innovation haben wir neun Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs) eingerichtet. Dabei handelt es sich um Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor, die wir direkt finanziell unterstützen und für einen Zeitraum von 15 Jahren begleiten. Diese 15 Jahre ermöglichen es uns, eine langfristige Wirkung mit Blick auf die Zukunft zu erzielen.

Wenngleich das EIT die Strategie jeder Innovationsgemeinschaft von Beginn an unterstützt und steuert, sind die Innovationsgemeinschaften so konzipiert, dass sie eigene Einnahmen generieren und auf lange Sicht finanziell lebensfähig werden können, um eine anhaltende Wirkung zu erzielen. Ein Beispiel dafür ist EIT InnoEnergy, unser Innovationstreiber im Bereich nachhaltiger Energie, dem mehr als 180 Portfoliounternehmen angehören, darunter Marktführer in den Bereichen Energie, Verkehr und Wasserstoff. Dank der erfolgreichen Unterstützung vielversprechender Start-ups und erfolgreicher Investitionen in solche Unternehmen, konnte sich EIT InnoEnergy selbst erst kürzlich 140 Mio. EUR privater Partner sichern, – Geld, das EIT InnoEnergy für die Erfüllung seines öffentlichen Auftrags einsetzen wird. EIT InnoEnergy ist außerdem die treibende Kraft hinter strategischen Initiativen der EU, darunter die Akademie der Europäischen Batterie-Allianz und das European Green Hydrogen Acceleration Centre. Das EIT selbst errichtet die für eine dynamische Innovationstätigkeit nötige Infrastruktur und die Netzwerke, die es Partnern aus dem ganzen Kontinent ermöglichen, zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten und dabei die Vielfalt und Stärke der Europäischen Union zu nutzen.

Mit unserem neuesten Projekt, der Initiative „Talente im Bereich technologieintensive Innovation“, gehen wir unter Nutzung des Fachwissens aus unserem Netzwerk den Kompetenzmangel in Europa direkt an. Die EU wird mehr Talente und Arbeitskräfte in technologieintensiven Innovationsbereichen benötigen, um sowohl in neu entstehenden Märkten als auch in Wachstumsmärkten weiterhin eine führende Rolle einzunehmen. Als europaweites Projekt bringt die Initiative „Talente im Bereich technologieintensive Innovation“ alle Interessenträger zusammen: Unternehmen, die auf technologieintensive Innovationen spezialisiert sind, Ausbildungsanbieter, Studierende und Lernende sowie Arbeitskräfte, die neue Kompetenzen erwerben möchten. Gemeinsam entwickeln wir moderne Ausbildungsprogramme basierend auf Informationen von Vertretern der Industrie, die Bedarf an neuen Kompetenzen haben.

Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesteckt, bis 2025 1 Million Arbeitskräfte mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten. Die Qualifizierungsrevolution hat bereits begonnen. Aktuell verfügen wir über mehr als 80 Partner, die mehr als 50 Lehrgänge für eine Zielgruppe anbieten, die bereits fast 640 000 Lernende umfasst. Besuchen Sie unsere Website, um mehr über Europas größtes Innovationsökosystem zu erfahren und engagieren Sie sich mit uns für Europas nachhaltige Zukunft!

**Martin Kern**

# DIE KOSTEN DES VERZICHTS AUF EU-POLITISCHES HANDELN: WAS KANN DURCH AMBITIONIERTES, GEMEINSAMES HANDELN ERREICHT WERDEN?

---

Die europäische Integration ist eine treibende Kraft für Wachstum, Frieden und gesellschaftlichen Wohlstand. Sie hat sich als wirksam erwiesen, um den Frieden, die demokratische Führung, den Umweltschutz und die Innovation voranzubringen, angesichts von Krisen die Widerstandsfähigkeit zu fördern und das Wachstum des BIP der Europäischen Union zu unterstützen. Jedoch bestehen nach wie vor Herausforderungen, und mit weiteren Krisen ist zu rechnen. Die Entwicklung hin zu einem Paradigma der sogenannten Permakrise erfordert einen anderen Ansatz der Politikgestaltung.

Die Fähigkeit der EU zum gemeinsamen Handeln, das wirksamer ist als die Einzelmaßnahmen von 27 Staaten, wird nahezu täglich auf die Probe gestellt. Im Einklang mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit lautet die zentrale Frage, ob und in welchem Maße durch die Bündelung und Koordinierung von Haushalten, Aufsichtsmaßnahmen und Zuständigkeiten auf EU-Ebene ein Mehrwert und größere Vorteile als mit den auf nationaler Ebene von den Mitgliedstaaten geprüften Maßnahmen geschaffen werden. In manchen Fällen könnte die Bündelung von Zuständigkeiten auf EU-Ebene anstelle von deren Belassung auf nationaler Ebene die einzige und effizienteste Möglichkeit sein, um die wirtschaftlichen Auswirkungen von externen Effekten einzubeziehen, sodass die Realisierung von Vorhaben oder die Bereitstellung öffentlicher Güter, die andernfalls nicht zur Verfügung stehen würden, ermöglicht wird. Durch die Gewinne, die durch die weitere Integration der EU erzielt werden, würden die Gewinne durch das Handeln auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene natürlich weder ersetzt noch verhindert, sondern vielmehr ergänzt und verstärkt.

Mit Blick auf die nächsten zehn Jahre stehen Europa verschiedene Wege offen: Das Europäische Parlament favorisiert den Weg ambitionierten, gemeinsamen Handelns der EU, über den sich erhebliche potenzielle Vorteile verwirklichen lassen, nicht nur heute, sondern auch in verschiedenen möglichen Zukunftsszenarien.

Die Gewinne, die nicht erzielt werden, wenn der Pfad des strategischen, gemeinsamen Handelns nicht weiterverfolgt und stattdessen der Status quo beibehalten wird, können als die „Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln“ betrachtet werden. Dieser Gedanke wurde erstmals in dem Bericht „Towards European economic recovery in the 1980s“ (Auf dem Weg zur wirtschaftlichen Erholung Europas in den 80er-Jahren) von Michel Albert und James Ball im Jahr 1983 formuliert. Später lag der Gedanke der Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln dem wegweisenden Cecchini-Bericht von 1988 zugrunde, mit dem zur wirtschaftlichen Legitimierung des Programms zur Verwirklichung des Binnenmarkts bis Ende 1992 beigetragen wurde. Heute findet dieser Gedanke nicht nur auf Politikbereiche Anwendung, die mit dem Binnenmarkt in Zusammenhang stehen, sondern potenziell auf alle politischen Maßnahmen auf EU-Ebene, angefangen bei Energie und Justiz über den grünen und den digitalen Wandel sowie die öffentliche Gesundheit bis hin zu Beschäftigung und Verteidigung.

---

In der richtungsweisenden Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (EPRS) „Steigerung des europäischen Mehrwerts in einer Zeit globaler Herausforderungen – Zuordnung der Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln (2022-2032)“, die vom Referat Europäischer Mehrwert ausgearbeitet wurde, wurde untersucht, welche potenziellen Gewinne in 50 Politikbereichen im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften der EU und ihres ungenutzten Potenzials erzielt werden könnten. Nach Schätzungen der Autoren ließen sich durch eine weitere EU-Integration Gewinne in einer Höhe von mindestens 2,8 Bio. EUR erzielen, würden die vom Europäischen Parlament befürworteten Maßnahmen in einer Reihe spezifischer Bereiche von der EU verabschiedet und im nächsten 10-Jahres-Zeitraum vollständig umgesetzt. Dies entspricht über 16 % des derzeitigen BIP der EU.

Die Analyse der Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln ist komplexer als eine reguläre Folgenabschätzung, bei der im Allgemeinen die Auswirkungen einer bestimmten politischen Maßnahme untersucht werden, ohne unbedingt den Vorteil einer Einführung effizienterer institutioneller Organisationsstrukturen zu betrachten. In diesem Sinne wird in der Studie angestrebt, sämtliche (wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und den Schutz der Grundrechte betreffenden) Auswirkungen des EU-Handels auszuloten und die Übertragungskanäle zwischen politischen Vorschlägen und potenziellen Ergebnissen aufzuzeigen. Maßnahmen auf EU-Ebene, mit denen der Weg strategischen, gemeinsamen Handelns beschritten werden könnte, sind umsetzbar und im Rahmen der geltenden Verträge möglich.

Als eines der bedeutendsten Beispiele sind die vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen auf EU-Ebene im Hinblick auf den Binnenmarkt und den einheitlichen Verkehrsraum zu nennen, durch die bis 2032 jährlich wirtschaftliche Vorteile in Höhe von 644 Mrd. EUR erzielt werden könnten. In der Tat müssen die Vorschriften für den Binnenmarkt trotz eines bereits hohen Maßes an Integration besser umgesetzt und durchgesetzt werden, da der Handel und die Investitionen innerhalb der EU nach wie vor durch übermäßige Komplexität, unnötige nationale Anforderungen, unterschiedliche Kennzeichnungsnormen und andere Verwaltungslasten beeinträchtigt werden. Die erdrückende Verwaltungslast zu reduzieren, damit die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger der EU ihr Potenzial entfalten und ausschöpfen können, ist einer der zentralen politischen Vorschläge in diesem Bereich. Durch die vom EP geforderten Maßnahmen könnten den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern bedeutende Vorteile entstehen, weil sie innerhalb der EU Geschäfte tätigen, reisen und arbeiten könnten und unter Sicherstellung des Verbraucherschutzes ein fairer, nachhaltiger und freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr wie in einem einzigen Land ermöglicht würde.

Dies ist nur eines der zahlreichen Beispiele für die potenziellen Vorteile, die durch ein ambitioniertes gemeinsames Handeln auf EU-Ebene erreicht werden könnten. Weitere Informationen finden Sie in der vollständigen Studie unter diesem [Link](#). Eine aktualisierte Fassung ist in Erarbeitung und wird vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 veröffentlicht.

**Lauro Panella,**  
**Meenakshi Fernandes,**  
**Aleksandra Heflich,**  
**Lenka Jančová,**  
**Christa Kammerhofer-Schlegel,**  
**Klaus Müller,**  
**Cecilia Navarra and**  
**Jerome Saulnier**  
*European Added Value Unit*

**Zsolt Pataki**  
*Strategic Foresight and*  
*Capabilities Unit in EPRS*



# BEDAUERN IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH ÜBER DEN EU-AUSTRITT („BREGRETS“)

---

Rund 50 000 Menschen, darunter ehemalige und derzeitige Mitglieder des Europäischen Parlaments, zogen am 23. September durch die Straßen Londons zum Parliament Square und forderten, das Vereinigte Königreich solle den Wiedereintritt in die EU beantragen.

Sie sprachen im Namen von Millionen: Aus Meinungsumfragen im Vereinigten Königreich geht hervor, dass eine stetig wachsende Mehrheit den Austritt des Landes aus der EU („Brexit“) bedauert und einen Wiedereintritt befürworten würde.

Dieser Trend bildet sich bei Meinungsumfragen langsam, aber stetig heraus. Während die Ergebnisse von Umfragen zu den meisten Themen schwanken und je nachdem, was gerade passiert, in einem Monat steigen, um im nächsten wieder zu fallen, handelt es sich hier um einen sehr gleichmäßigen, unaufhaltsamen Trend.

Wie sich herausgestellt hat, hat der Brexit natürlich nichts von dem Nirwana, das Boris Johnson und die Austrittsbefürworter versprochen haben. Er schadet dem Vereinigten Königreich wirtschaftlich, vor allem indem eine Zollgrenze und eine ordnungspolitische Grenze zwischen dem Vereinigten Königreich und seinen Nachbarn, die auch seine wichtigsten Handelspartner sind, geschaffen wurde. Die für haushaltspolitische Verantwortung zuständige Stelle in der Regierung des Vereinigten Königreichs (Office for Budget Responsibility) schätzt, dass das BIP des Vereinigten Königreichs aufgrund des Brexit um etwa 4 Prozent niedriger ist als es sonst gewesen wäre. Das wiederum bedeutet einen Verlust von 40 Milliarden Pfund an Steuereinnahmen pro Jahr, was die ohnehin schon schwierige Haushaltslage weiter verschlimmert. Die Inflation ist höher, die ausländischen Investitionen niedriger, die Produktivität stagniert.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen hat das Vereinigte Königreich infolge des Brexit an Status in der Welt verloren, die Rechte der Bürger wurden eingeschränkt (sie dürfen sich nun ohne Sondergenehmigung nur mehr 90 Tage lang in EU-Ländern aufhalten), Reisen ist in vielerlei Hinsicht schwieriger geworden, die Geschlossenheit angesichts der russischen Aggression wurde geschwächt, die Zusammenarbeit bei der Migrationskrise ist beeinträchtigt, Unternehmen sind zusätzliche Kosten entstanden, Umweltschutzmaßnahmen werden unterlaufen, in Nordirland werden Spannungen geschürt, und die Möglichkeiten in den Bereichen Kultur und Bildung wurden beschnitten (u. a. nimmt das Vereinigte Königreich nicht mehr am Studentenaustausch im Rahmen von ERASMUS teil). Vor allem aber wurde das weltweit erfolgreichste Projekt länderübergreifender Zusammenarbeit geschwächt: die EU.

Vielen, die für den Brexit gestimmt haben, ist klar geworden, dass sie belogen wurden. Das, in Verbindung mit dem demografischen Wandel (jüngere Menschen, die allmählich das Alter erreichen, ab dem sie wählen dürfen, sind mit überwältigender Mehrheit pro-europäisch), treibt die unaufhaltsame Entwicklung der öffentlichen Meinung auf ein Niveau, auf dem bei einem neuen Referendum mehr als 60 % für einen Wiedereintritt stimmen würden.

Einige Politiker befürchten, dass sich dies wiederholen könnte. Wenn der derzeitige Trend in der öffentlichen Meinung jedoch anhält, könnte es passieren, dass sie mit dem Versuch, die kleinere und rückläufige Zahl an Wählern zufrieden zu stellen, die den Brexit nach wie vor für eine gute Idee halten, Gefahr laufen, eine größere und steigende Zahl an Wählern zu verprellen, die dem Brexit kritisch gegenüberstehen.

Niemand behauptet, das Vereinigte Königreich könne morgen wieder beitreten. Es müsste ein Beitrittsvertrag ausgehandelt und von allen ratifiziert werden. Die EU würde Zusagen haben wollen, dass das Vereinigte Königreich seine Meinung wirklich geändert hat und nicht die Gefahr besteht, dass sich die Brexit-Saga zehn Jahre später wiederholt.

Die Europäische Bewegung im Vereinigten Königreich verzeichnet einen enormen Zuwachs an Mitgliedern. Es ist bemerkenswert, dass sie nun die größte nationale Gruppierung in Europa ist. Ihr Motto lautet „Schritt für Schritt zum Wiedereintritt“.

Wenn die Labour-Partei im nächsten Jahr an die Regierung kommt – was angesichts der derzeitigen Entwicklung wahrscheinlich ist –, dann wird das Vereinigte Königreich bereits versuchen, seine Beziehungen zur EU wieder aufzunehmen und das Vertrauen wieder aufzubauen, das zerstört wurde, als die Konservativen versuchten, sich nicht an die Abkommen zu halten, die sie mit der EU ausgehandelt hatten. Das wäre an sich schon erstrebenswert, und es könnte auch größeren Ambitionen zu einem späteren Zeitpunkt den Weg ebnen. Vor allem, wenn die Öffentlichkeit dies weiterhin fordert.